

Wöchentlich 85 Bl., monatlich 2,40 Bl. (davon 65 Bl. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbetrag 4,20 Bl. einschließlich 60 Bl. Postgebühren und 72 Bl. Postbestellgebühren. Auslandsendungsmittel 6.— Bl. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Postfachporto 5.— Bl.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsausgabe „Wort und Bild“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einzeln. Kampfreisende 50 Bl. Westfalen 5.— Bl. „Kleine Anzeigen“ des Freitagabends Blatt 25 Bl. (täglich zwei Freitagabends Blätter). Jedes weitere Blatt 12 Bl. Robert H. Earl. Zielgruppenliste das erste Blatt 15 Bl. Jedes weitere Blatt 10 Bl. Werte über 15 Blätter zahlen für zwei Blätter. Arbeitsmarkt Seite 60 Bl. Familienanzeigen Seite 40 Bl. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 8^{1/2} bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht gemäßer Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 57536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dr. H. u. Disc.-Ges., Depositent., Jerusalemstr. 65-66

Republik Spanien wehrt sich.

Schutzgesetz von der Regierung eingebracht.

Madrid, 20. Oktober.

Am Dienstagmorgen verlas der Ministerpräsident in der Nationalversammlung den Entwurf eines Republikerschutzgesetzes, das noch im Laufe des Abends zur Annahme gelangen soll. Das Gesetz sieht Gefängnisstrafen sowie Geldstrafen bis zu 10 000 Peseten vor. Außerdem ist die Strafe der Verbannung vorgesehen: für Gewalttätigkeiten, die sich gegen die Republik richten, für Verbreitung falscher oder einseitig gefälschter Nachrichten auch durch die Presse, für Verherrlichung der monarchistischen Staatsform, für unerlaubtes Waffentragen, für Schließung von Industrien und Sperrung aller sonstigen Arbeitsmöglichkeiten (diese Bestimmung richtet sich vor allem gegen den Großgrundbesitz, der unbebaut bleibt), für sämtliche Streiks, die nicht acht Tage vorher angemeldet sind, für ungerechtfertigte Preissteigerungen und für Nachlässigkeit der Beamten in der Pflichterfüllung gegenüber der Republik. Der Innenminister kann die Versammlungsfreiheit aufheben, Kundgebungen verbieten und Vereinsheime usw. schließen.

Lavals Programm für Washington.

Die beiden Hauptprobleme: Abrüstung und Schulden.

Paris, 20. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Sonderberichterstatter der Havas-Agentur an Bord der „Le de France“ äußert sich in einem Telegramm über das Programm der Aussprache zwischen Laval und

Hoover, obgleich, wie der Korrespondent betont, die Gegenstände der Unterhaltung offiziell nicht bekannt seien.

In der Abrüstungsfrage sei die Haltung Frankreichs — so heißt es in dem Telegramm — in dem dem Völkerbund Mitte Juli überreichten Memorandum festgelegt. Zu weiteren Herabsetzungen seiner Rüstungen sei Frankreich nur gegen „präzise Abmachungen über einen effektiven gegenseitigen Verstand im Angriffsfall“ bereit. Eine Entwicklung in dieser Richtung scheine sich in amerikanischen Regierungskreisen bemerkbar zu machen. Amerika scheine jetzt zulassen zu wollen, daß der Kellogg-Pakt durch einen Konsultationspakt verstärkt werde. Die Frage sei jedoch, ob die Washingtoner Regierung darüber hinaus auch das Prinzip der Sanktionen gegen einen Aggressor, selbst wenn sie auf finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen beschränkt würden, anerkennen wolle. Auf jeden Fall könne man sicher sein, daß Laval in keiner Weise die nationale Sicherheit Frankreichs opfern werde.

Was die interalliierten Schulden und Reparationen anbelangt, so werde Frankreich jedem Vorschlag auf Herabsetzung zustimmen, wenn es wenigstens einen Teil der ihm zukommenden positiven Reparationszahlungen behalte. Um ihre Begleichung zu erleichtern, könnten Sachlieferungen statt Barzahlungen geleistet werden, was zur Verringerung der Arbeitslosigkeit in Deutschland und Frankreich beitragen würde, indem die Sachlieferungen zu den großen öffentlichen Werken verwendet würden, die die französische Regierung auszuführen beabsichtige. Auf diese Weise könne Deutschland auch die kurzfristigen Kredite leichter zurückzahlen.

Wie macht man Inflation?

Pläne der Industriediktatur?

Von Kurt Heinig.

Inflation und Diktatur wachsen auf einem Holz. Mit der sogenannten Binnenmarkt will sich die Industriediktatur bezahlt machen. Das ist der ganze Plan, und der Reichspräsident Hindenburg soll dabei die Dekoration abgeben.

Deht schreien die Betroffenen und Beschlagnenen, sie seien für Verständigung und sie wollten keine Inflation. Am allerersten betonen die Nationalsozialisten, daß ihnen Währungsexperimente ganz fern lägen. Sie hätten nie die Absicht gehabt, auch nur solche Ideen zu unterstützen. Diese Entschuldigungen klingen komisch, wenn man sich daran erinnert, daß die Nationalsozialisten in Harzburg die Praktiker der Inflation unterstützt haben.

Was ist eigentlich Inflation?

Die Menge der Geldzeichen, des Stückgeldes (Noten und Metallgeld) steht in einem gewissen Verhältnis zur Menge der umlaufenden Ware. Dabei ist nicht entscheidend, daß, und inwieweit die Geldzeichen mit wirklichem Gold gedeckt sind, daß also der Herausgeber der Noten (die Reichsbank) eine entsprechende Menge goldenen Gegenwert in seinem Keller aufhebt. Das wichtigste an einer Währung ist das Vertrauen, das sie genießt. In der ganzen Welt will man wissen, wieviel Geldzeichen in einem Lande vorhanden sind (darüber berichten die Ausweise der Notenbanken), überall will man erkennen, ob die in einem Lande umlaufenden Geldzeichen in einem gefunden Verhältnis zum Warenhandel und damit auch zur Warenproduktion stehen.

Wird die Menge des umlaufenden Stückgeldes geringer, weil viele Leute die in ihrem Besitz befindlichen Geldscheine in Vertiklos und Geldschrank einschließen, so erzeugt diese Verknappung an Umlaufmitteln sehr unangenehme Folgen. Das deutsche Volk hat das erst kürzlich erlebt, als Sparkassen und Banken nicht genügend Geld zur Verfügung hatten. Steigt der Warenumsatz, so ist die Geldschöpfung sehr einfach. Auf der Grundlage der abgeschlossenen Warenbestellungen werden Handelswechsel ausgeschrieben, über die Banken und mit deren Unterschrift versehen, kommen die Wechsel zur Reichsbank und werden hier gegen bares Geld ausgetauscht. Sowohl Knappheit der Geldzeichen wie Vermehrung der Umlaufmittel ist in diesen beiden eben geschilderten Beispielen ein normaler Vorgang. Beides kann in schwierigen Zeiten auch Reibungen verursachen, aber keines kann eine Inflation erzeugen.

Was wollen aber die Nationalsozialisten und was will Hugenberg?

Beide wünschen eine Binnenmarkt, also neben unserer bisherigen international gültigen Mark soll für das Inland noch ein besonderes Geld geschaffen werden. Die Nazis haben nach ihrem Programm, nach ihren Vorschlägen im Reichstag und ihren sonstigen Äußerungen die Absicht, drei Sorten neues Binnengeld zu schaffen — wenn sie an die Macht kommen. Sie wollen drucken:

1. Reichsdarlehenskassenscheine,
2. Baumarktscheine,
3. sollen alle öffentlichen Schuldtitel in Zahlungsmittel umgewandelt werden.

Die Reichsdarlehenskassenscheine wollen die Nationalsozialisten auf die Art erzeugen, daß in Zukunft bei der Durchführung aller öffentlichen Aufgaben des Reichs, der Länder und der Gemeinden die Bezahlung durch zinslose Reichsdarlehenskassenscheine erfolgt. Man denke z. B. an den Bau von Kraftwerken, Kanälen, Schulen usw. In allen diesen Fällen sollen die Lieferanten und die Arbeiter mit Reichsdarlehenskassenscheinen bezahlt werden.

Die Bauaufgaben, die die Wohnungsnot uns immer wieder neu stellt, sollen auf die gleiche Art finanziert werden. Zu diesem Zweck zu gründende Bau- und Wirtschaftsbanken sollen Baumarktscheine ausgeben, die ebenfalls wieder jedem Handwerksmeister und jedem Arbeiter in Zahlung zu geben sind.

Im übrigen sollen nach dem Vorschlag des nationalsozialistischen Programmes die Kriegsanleihestücke und alle übrigen Schuldverschreibungen des deutschen Reiches und der deutschen Bundesstaaten, alle Eisenbahnanleihen und die Schuldverschreibungen aller Selbstverwaltungskörper, unter Aufhebung der Zinspflicht, zu gesetzlichen Zahlungsmitteln im Nennwerte erklärt werden.

Wie haben heute in Deutschland insgesamt etwa sechs Milliarden Zahlungsmittel im Umlauf, ein bestimmter Teil davon ist von ausländischen Leuten in den Strumpf gepferri. Die fünf Milliarden, die im Kreislauf des täglichen Verkehrs

Reich und Kommunen.

Das ungelöste Finanzproblem.

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände, der außer dem Deutschen Städtetag auch der Reichsstädtebund, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Landgemeindetag angehören, hat gestern in einer Pressebesprechung zu der Finanzlage der Kommunen Stellung genommen.

Das Reich hat, wie Dr. Mulert vom Deutschen Städtetag ausführte, zwar einen Betrag von 170 Millionen für die Gemeinden bereitgestellt, jedoch belasten die anderen in der Rotverordnung vorgesehenen Maßnahmen der Reichsregierung die Kommunen aufs neue derart stark, daß

diese 10-Millionen-Hilfe völlig illusorisch

wird. So hat die Verkürzung der Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung um vier bis sechs Wochen zur Folge, daß die Kommunen, die an der Krisenfürsorge mit einem Fünftel beteiligt sind, in den kommenden sechs Wintermonaten zusätzlich mit insgesamt 30 Millionen belastet werden. Ferner gibt die letzte Rotverordnung den Ländern das Recht, die Landesbeiträge aus den eingeparteten Beamteneinkülfen für die Kommunen einzustellen. Bremen hat von dieser Möglichkeit bereits Gebrauch gemacht und ein gleicher Schritt der anderen Länder steht bevor. Hieraus erwächst den Kommunen eine weitere Verschlechterung ihrer Finanzlage um mindestens 70 Millionen. Außerdem muß man damit rechnen, daß der geschätzte Jahresdurchschnitt von 1,25 Millionen Wohlfahrtsverweiserlosen im Winter erheblich überschritten wird. Man rechnet jetzt bereits mit 1,7 Millionen Wohlfahrtsverweiserlosen Ende März 1932. Diese verschärfte Situation auf dem Arbeitsmarkt würde die kommunalen Finanzen weitere 40 Millionen kosten.

Auf der anderen Seite steht diesem unaufhaltsamen Anwachsen der Wohlfahrtsausgaben ein Abwinken der Ueberweisungssteuern und der eigenen Steuern gegenüber, das allein bei den Ueberweisungssteuern auf 140 Millionen im laufenden Finanzjahr geschätzt wird. Gegenüber dem Voranschlag vom Juli 1931 muß also mit einer weiteren Verringerung des Gemeindefinanzums von 40 Millionen aus dem Rückgang der Ueberweisungssteuern gerechnet werden. Zusammengefaßt ergibt diese Aufstellung

eine zusätzliche Belastung der Gemeinden und Gemeindeverbände von 205 Millionen.

also etwa der gleichen Summe, mit der das Reich den Gemeinden beigesteuert ist. Von irgendeiner tatsächlichen Entlastung durch das Reich ist daher nicht die Rede. Im Gegenteil wird die für den 1. April 1932 beschlossene Senkung der Hauszinssteuer neue Einnahmeverluste für die Gemeinden nach sich ziehen.

Die Vertreter der übrigen Spitzenverbände unterstrichen nachdrücklich die Ausführungen Dr. Mulerts. Zusammengefaßt fordern die Präsidenten der vier kommunalen Spitzenorganisationen, daß das Reich eine wirkliche Entlastung der Gemeindefinanzen durchführe. Das gesamte Defizit der deutschen Kommunen, das im Juli auf 800 Millionen geschätzt wurde, ist jetzt, nach Abzug der etwa

300 Millionen Mark Einsparungen und einschließlich der Hochschraubung der Bürgersteuer (Kopfsteuer) auf 400 bis 450 Millionen Mark zu beziffern, für die es bei Anspannung aller Kräfte keine Deckung gibt. Die vom Reichsfinanzminister Dietrich Anfang Oktober aufgestellte Behauptung, daß von den 53 000 deutschen Kommunen nur etwa 2000 bis 3000 notleidend wären, wurde ganz energisch zurückgewiesen. Mit dem nachdrücklichen Hinweis,

daß die Gemeinden als der eigentliche Unterbau des Reiches gesund erhalten werden müssen, wenn das gesamte Staatsgebäude nicht erschüttert werden solle,

fordern die kommunalen Spitzenorganisationen neben der finanziellen Entlastung durch das Reich die von ihnen wieder vertretene organisatorische Reform der Arbeitslosenhilfe durch Zusammenlegung von Krisenfürsorge und Wohlfahrtsverweiserlosen und ein vorbehaltloses Zusammenarbeiten von Reich, Ländern und Gemeinden, um die Not des kommenden Winters gemeinsam zu überwinden.

Mont Genis.

Sozialdemokratische Anfrage über das Gruben-Unglück.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag zu dem Unglück auf der Zeche Mont Genis folgende Große Anfrage eingebracht:

„In der Morgensicht des 19. Oktober 1931 ereignete sich auf der 5. Sohle, westliche Abteilung im Revier 5, Flöz A der Zeche Mont Genis Schicht 1/3 in Höhe eine Explosion. Durch diese Explosion sind zahlreiche Bergarbeiter getötet und 22 verletzt worden. Unter den Verletzten befinden sich eine Anzahl Schwerverletzte, die kaum mit dem Leben davonkommen werden. Aus diesem Katastrophenbetriebe sind von den Bergarbeitern wiederholt lebhaftest Klagen über das dort herrschende Antreibesystem geführt worden. Das Antreibesystem soll dort so stark gewesen sein, daß es den Bergarbeitern geradezu unmöglich gemacht wurde, die für die Grubensicherheit notwendigen Sicherheitsmaßnahmen zu befolgen. Wie von den Bergarbeitern glaubhaft versichert wird, haben die höheren Angestellten dieses Werkes stets eine lebhaftest Propaganda für den Stahlhelm und das Halenkrenz unter den Bergarbeitern betrieben, aber die notwendige Sorgfalt für die Grubensicherheit sehr vernachlässigt. Dieser Zustand hat zur Ansammlung der Schlagwetter und Anhäufung des Kohlenstaubes geführt und die Grubengefahren reifen lassen, die dann den Nährboden zu dieser Katastrophe abgaben.“

Wir fragen das Staatsministerium, ist es bereit, zu prüfen: 1. ob das Antreibesystem dieses Unglück mitverschuldet hat; 2. ob Schlagwetter oder Kohlenstaub den Nährboden für diese Katastrophe gegeben haben; 3. durch welchen Vorgang diese Explosion eingeleitet wurde und 4. was gebietet das Staatsministerium zu tun, um solche Explosionen unmöglich zu machen.“

sich bewegen, entsprechen der in der Krise zusammen-
geschrumpften Wirtschaft. Kämen morgen die National-
sozialisten an die Macht und ließe man sie an die Währung,
dann würden durch die Umwandlung der öffentlichen Anleihen
in gefehlliche Zahlungsmittel auf einem Schlag 25 Mil-
liarden Mark neue Umlaufmittel geschaffen.
Dazu kämen die Baumarktscheine und die Reichsdarlehens-
klassenscheine. Die Finanzierung des Wohnungsbauers er-
fordert alljährlich durchschnittlich etwa drei Milliarden, die
öffentliche Verwaltungswirtschaft hat in den jüngst ver-
gangenen Jahren alljährlich etwa ebensoviel in Anlagen
investiert. Wir hätten also sofort weitere sechs Mil-
liarden Mark Papiergeld. Das Exemplar ist sehr
einfach. Neben den sechs Milliarden international gültiger
Reichsmark hätten wir als Binnenwährung noch weitere
31 Milliarden Nazi-Mark.

Die Reichsdarlehensklassenscheine und die Baumarktscheine
sollen nach dem nationalsozialistischen Inflationsprogramm
in jährlichen Raten getilgt werden. Aber in der Zwischenzeit
würden sie neben den anderen Riesensummen an Binnenmark
vom Gewerbetreibenden und vom Lohnempfänger zum
Bäcker, Schlächter und Hauswirt, von diesen zum Schuh-
macher und zum Schlachthof und nicht zuletzt immer wieder
zu den Arbeitern wandern.

Wir würden alle wieder Millionäre werden, denn bei
37 Milliarden Mark Umlaufmitteln kommen auf jeden
Menschen, ganz gleich ob Kind oder Greis, zwischen 500 und
600 Mark an Zahlungsmitteln. Sie würden mit dem Wochen-
lohn und mit dem Monatsgehalt ständig zirkulieren, also im
Jahre viele Male gegenüber der vorhandenen Warenmenge
in Erscheinung treten. Die Waren würden sich dadurch nicht
vermehrten, aber sie würden ihre Preisziffer ändern, wir
hätten Inflation.

Wer trägt die Kosten einer Inflation und wer hat davon
den Vorteil? Zuerst gewinnen alle Schuldner, von den bis
über den Hals verschuldeten Vereinigten Stahl-
werken bis zur Dresdner Bank, die vom deutschen
Reiche Geld geliehen bekommen hat. Alle Gläubiger hätten
den Schaden. Sie würden sich auf die Art zu retten versuchen,
dass sie ihre Forderungen um soviel erhöhen, wie durch die
Veränderung des Geldwertes auf der anderen Seite ihnen
als Verlust entstanden ist. Der Wiederbeschaffungspreis
seligen Angedenkens würde auferstehen, das heißt, die Preise
würden steigen. Lebbrig bleiben dann als eigentlichen
Verlustträger die Verkäufer von Arbeitskraft. In dieser
Front käme es zur Auseinandersetzung darüber, wer die
Zeche zu zahlen hat. Die Armen müßten zahlen,
denn in der Inflation verlieren sie die letzte Kraft des
Widerstandes.

Die Harzburger Front bedeutete nicht, daß etwa nun
Hugenberg oder Hitler an die Regierung sollten. An die
Macht wollen noch ganz andere Leute, die Truppen
zu diesem Krieg dürfen die Stahlhelmer und die National-
sozialisten sein. Die Generale dieser beiden Mächte stritten
sich untereinander, wer einmal regieren wird, sie lehnen nicht,
dass es eine dritte Macht ist, die herrschen will, das ist die
industrielle Reaktion. Weil die Sozialdemokratie gesehen hat,
was hinter dem Kabinett Brüning aufmarschierte, deswegen
kam es zur Entscheidung vom 16. Oktober. Die Front ist
klar, es geht gegen Reaktion und Inflation.

Braunschweiger Nachklänge.

Hitter im Börsehotel mit Gefürsten einquartiert.

Der Reichsinnenminister hat in Sachen Braunschweig bisher
eine Entscheidung nicht gefällt. Es ist jedoch zu erwarten,
dass er die blutigen Vorgänge in Braunschweig zum Anlass einer
Maßnahme nehmen wird, von der das ganze Reich betroffen
wird. Über auch über diese durch Notverordnung zu verkündende
Maßnahme wird die Entscheidung erst fallen, wenn der schriftliche
Bericht der braunschweigischen Regierung über die Vorgänge in
Braunschweig im Reichsinnenministerium eingegangen ist. Der Be-
richt wird für Mittwoch erwartet.

Während der Hafentanzparade in Braunschweig wohnte Hitler
im Börsehotel. Gemeinsam mit ihm wohnten dort der ehemalige
Großherzog von Mecklenburg Friedrich Franz und der
ehemalige Erbprinz von Waldeck und Pyrmont.
Währenddessen stürmten die Banden des Herrn Hitter und der Ge-
fürsten Arbeiterhäuser in Braunschweig.

Der Mörder des Arbeiters Fischer in Braunschweig, der Nazi-
mann Heymann aus Blauen, hat sich angeblich in Ham-
burg der Polizei gestellt. Wie die im Jahrbuch der Harzburger
schwimmende „Braunschweigische Landeszeitung“ erzählt, hat die
Polizeidirektion Blauen durch den Polizeirund-
funk die Nachricht verbreitet, dass jener Heymann der Nazi-
partei niemals angehört habe. Zwar bemühte sich Heymann vor drei Wochen
um die Aufnahme in die Partei, doch wurde er zurückgewiesen.
Weil dieser „Zurückgewiesene“ in die Schlägertruppe der Nazis
nach Braunschweig geraten ist, verrät auch die „Br. Landeszeitg.“
nicht. Dafür sucht sie die Täterschaft Heymanns zu bestreiten. Sie
gibt ein „Gerücht“ wieder, wonach Fischer von — Kommunisten
erstickt sein sollte!

Friedrich Bartels schwer erkrankt. Der Präsident des Preussischen
Landtags, Genosse Friedrich Bartels, ist schwer erkrankt. Er
müßte in ein Sanatorium übergeführt werden, wo die Ärzte eine
eitrige Infektion feststellten, die die Nierenaktivität bedroht. Gestern
abend traten Schüttelfröste auf, die den Patienten sehr angriffen.
Die Herzaktivität, die anfangs sehr schwach war, konnte wieder
belebt werden. Heute vormittag treten die behandelnden Ärzte noch
einmal zusammen, um eine genaue Diagnose festzustellen.

Die Reichstagsabgeordneten Schneider und Lemmer erklären zu
dem Bericht über die Ergebnisse der letzten Abstimmungen im
Reichstag, daß sie mit den übrigen Mitgliedern der staatspartei-
lichen Fraktion sowohl dem Antrag Breitscheid zum Schutz des
Larichschis, wie auch dem Antrag Breitscheid zugunsten der
Winterhilfe für die Erwerbslosen zugestimmt haben.

Dr. Pfeilmer, Putschführer a. D., erklärte einem Ausfrager in
München, mit Hitler habe er nichts gemein. Nur als Rechtsanwalt
habe er in München zu tun und um einige gleichfalls ausgerichtete
Putschisten zu sprechen.

Statt der Zollunion ist jetzt eine vollständige Sperre des
österreichisch-reichsdeutschen Geldverkehrs durchgeführt. Es soll da-
durch die Valutaschieberei verhindert werden.

Im Kampf gegen die Not.

Überfüllte Frauenkundgebungen der Berliner Sozialdemokratie.

Als gestern um 19 Uhr der große Saal in der „Neuen Welt“
für die öffentliche Kundgebung der Berliner sozialdemokratischen
Frauen geöffnet wurde, füllte er sich sehr rasch. Der Beginn der
Versammlung war auf 20 Uhr angesetzt, aber schon kurz nach
19½ Uhr mußte die Polizei den großen Saal wegen Über-
füllung sperren und der kleinere Saal wurde für eine
Parallelversammlung freigegeben. Die Berliner prole-
tarischen Frauen wollten bekunden, daß sie treu zur Sozialdemo-
kratischen Partei stehen und sich durch keinerlei Lockungen von rechts
oder links beirren lassen.

Die Freie Musikvereinigung des Arbeiter-Turn- und Sport-
bundes und das Musikkorps des Reichsbanners Neufuß leiteten
die Kundgebung ein. Mit stürmischem Beifall wurde der Fahnen-
einmarsch unserer Arbeiterportierinnen begrüßt.

Karl Lisse sprach die einleitenden Worte, in denen er den ge-
meinsamen Kampf für Freiheit, Gleichheit und Menschenrechte
rühmte. In Ehrfurcht erhoben sich die Versammelten, als er der
Opfer des Bergwerkunglücks von Mont Cenis und der
freudlos von Razihorden ermordeten drei Braunschweiger
Arbeiter gedachte.

Dann sprach Franz Künstler zum Thema

„Frauen im Kampf gegen die Not.“

„Unser Kampf geht gegen die Sozialreaktion. Nutige, von den
Ideen des Sozialismus begeisterte Frauen stehen mit den männ-
lichen Klassengenossen im Kampf gegen Hitler und Hugenberg,
gegen die deutsche Konterrevolution. Denn der
schwere Kampf, der auf wirtschaftlichem und politischem Boden ent-
brannt ist, ist nicht allein eine Angelegenheit der Männer. Zum
Kampf gegen die Herren- und Gewaltmenschen, gegen Faschismus
und Diktatur sind Frauen und Männer, Jugendliche und Alte be-
rufen und verpflichtet. Das unverrückbare Ziel der Sozialdemo-
kratie ist es, die Menschheit aus ökonomischer und politischer Knecht-
schaft zu befreien. Frauen und Männer sollen einander ergänzen
und stützen! Mehr als je ist Solidarität das Gebot der
Stunde. (Stürmische Zustimmung.) Harzburg, die jüngsten
Verhandlungen des Reichstages und vor allem der Blutson-
ntag von Braunschweig haben die drohenden Gefahren des
Faschismus allen Proletariern gezeigt. Der Konterrevolution kann
mit Erfolg nur eine einzige und disziplinierte Arbeiter-
schaft entgegenreten. Im Reichstag sind Hugenberg und Hitler ge-
schlagen worden. Sie mußten die Koffer packen und abziehen. Als
die Nationalsozialisten für die Arbeiterschaft ihre Stimme im
Reichstag erheben sollten, da zogen zum zweitenmal ihre 107 Ab-
geordneten hinaus. Sie drückten sich vor der Abstimmung über
die sozialdemokratischen Anträge. (Wutrufe.) Dem Auftrage ihrer
großkapitalistischen und monarchistischen Geldgeber folgend, durften
sie nicht für die Erhaltung des Lohnrechts, für die Zufuhrförderung
zur Erwerbslosenhilfe, für den Besehtentwurf in der Frage der
Fürstenabfindung stimmen.

Niemals trat die Arbeiterfeindschaft der Nazi-
partei so deut-
lich hervor, wie in den letzten Tagen im Reichstag.

Es steht fest: Adolf Hitler ist weiter nichts als der Vorgesobene
der deutschen Schwerindustrie und der abgestellten Generale- und
Erzgruben. (Stürmische Zustimmung.) Nicht Hitler-Geist, sondern
Sozialismus soll über Deutschland kommen. Alle Völker
leiden noch unter der Ideologie des Hasses. Nur eine Industrie ent-
wickelte sich in Europa in den letzten Jahren fort: die Rüstungs-
industrie. Wir Vorkämpfer für den Frieden müssen vor allem für
eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich eintreten.
(Stürmische Zustimmung.) Im innerdeutschen Kampfe sehen wir
der brutalen Gewalt der Faschisten die organisierte Macht des
Proletariats entgegen. Dabei werden in selbstloser Blüherfüllung
Männer und Frauen weitestern! (Langanhaltende begeisterte Zu-
stimmung.)

Es war vielleicht ein Höhepunkt in dieser großen Kundgebung,
als mit der Schauspieler Heinrich Witte vom Staatstheater
zu hinreichenden Rezitationen das Wort nahm. Seine
Leidenschaft machte noch einmal die Schrecken des Krieges lebendig,
sein hinreichendes Pathos führte den ganzen Widerstand der capi-
talistischen Wirtschaftsordnung vor Augen. Nach ihm, dem großer
Beifall dankte, nahm

Zoni Sender

das Wort: „Jeder Tag bringt uns aus irgendeinem Lande die Nach-
richt von neuen wirtschaftlichen Komplikationen und bemerkt uns,
dass die Erde bebt. Kräfte von unten drohen, Menschen, die nicht
mehr glauben, wollen neuen Glauben gewinnen. Eine Ordnung,
die den Arbeitslosen keine Arbeit gibt, die, während die Läger und

Speicher gefüllt sind, Millionen hungern und darben läßt, muß
nach der Anschauung der Massen dem Untergang geweiht sein. So
wird das Sehnen nach Umänderung auch bei vielen erweckt, die an
sich nicht im Lager des Proletariats stehen. Mit ihnen aber treibt
man schändlichen Mißbrauch. Wie die Geier stürzen sich die
Faschisten auf sie und rufen: Der Marxismus ist schuld, folgt uns
Nazis, folgt Adolf Hitler.“ Wem aber sollen sie folgen? Wir haben
die Führer in Harzburg gesehen. Es sind alte Bekannte: die
Prinzen der Fürstenhäuser, Herr von Oldenburg-Jam-
schau, Herr Gehelmar Claß vom Aldeutschen Verband, der Fürst
Salm-Horstmar, Herr Alfred Hugenberg, der Inflations-
gewinnler, und der jetzt aus fanatischem Ehrgeiz bei keiner reaktio-
nären Veranstaltung fehlende Hjalmar Schacht. Es sind zum
großen Teil dieselben Menschen, die uns im Kriege ins Unglück ge-
stürzt haben.

Was ihre Herrschaft bedeuten würde, das hat der 14. September
in seinen Folgen bewiesen.

Rund 4 Milliarden Mark Kapital wurden aus Deutschland abge-
zogen, wodurch neue Hunderttausende arbeitslos wurden. Die
Fähigkeiten der sogenannten Wirtschaftsführer haben wir bei dem
Zusammenbruch der Bremer Wollemagnaten Lahnusen zur
Genüge kennengelernt. Als ihrem Sturze der Zusammenbruch der
Danabank und die Schwierigkeiten der Dresdner Bank folgten,
haben die Wirtschaftsführer den Reichkanzler um Hilfe angefleht.
In seiner letzten Reichstagsrede hatte Brüning gesagt, daß er, wenn
man ihn zu sehr provozieren, noch mehr über die Wirtschaftsführer
berichten könne. Er hat dies leider nicht getan. (Stürmische an-
haltende Zustimmung.) Kaum aber hatte das Reich gehalten, da
ging der Sturm gegen Brüning und vor allem gegen die Sozial-
politik wieder los. Die Sozialdemokratie hat sich dagegen gewehrt,
weil sie

weiß, daß der Ruf: Nieder mit dem Marxismus! in Wirklichkeit:
Nieder mit der Arbeiterschaft bedeutet.

Sie kämpft gegen eine Inflation, gegen Binnenmarkt und Federgeld,
gegen einen weiteren Abbau der sozialpolitischen Errungenschaften
und vor allem dagegen, daß in Deutschland jemals das Wort-
gebinde von Braunschweig zur Regierung komme. (Stürmischer
Beifall.) Wir Frauen müssen in diesem Kampfe uns mit unseren
männlichen Klassengenossen zusammen in die vorderste Front stellen.
(Erneute stürmische Zustimmung.)

Nachdem Genossin Kern zum Eintritt in die Sozialdemo-
kratische Partei in flammenden Worten aufgerufen und ein Hoch
auf die Sozialdemokratie ausgebracht hatte, sangen die Tausende
gemeinsam begeistert die Internationale.

Die Parallelversammlung.

Dasselbe Bild auch im kleinen Saal der Neuen Welt, wo die
Parallelversammlung stattfand. Vom Podium wehten rote Fahnen.
Dicht gedrängt saßen die Frauen. Darbietungen des Musikkorps
„Reichsbanner Neufuß“ schufen die Stimmung für diese Kund-
gebung. Mathilde Wurm eröffnete dann die Versammlung,
indem sie derjenigen Opfer der Arbeit und der Kämpfer um die
Freiheit gedachte, die erst in den letzten Tagen dahingegangen sind.
Rezitationen von Friede-Hall-podend vorgelesen, fügten sich
harmonisch in den Rahmen dieser Kundgebung. Nach einer An-
sprache des Genossen Künstler nahm Toni Pfäß das Wort, um das
schwere Schicksal der Proletarierin seit dem Krieg bis in die Zeit
unserer entsetzlichen Wirtschaftskrise mit all ihren Entbehrungen
zu schildern. Wenn als Heilmittel aus dieser Not immer wieder
der Ruf erschallt: „Die Frau soll heraus aus der Wirtschaft, zurück
ins Haus“, so kennzeichnet auch dies nur, wie nötig es ist, daß auch
die Frauen sich in den Gewerkschaften organisieren und in den
Rahmen der bestehenden Arbeiterbewegung einreihen. Mit Schuld
an den bestehenden Verhältnissen tragen die vielen Frauen, die jenen
Parteien ihre Stimme geben, die für ihre Entrechtung austreten.
Wir Sozialdemokraten fordern: Umorganisation der Arbeiterschaft,
Aufrechterhaltung der sozialen Gesetzgebung und Völkerverständigung!
Wir lassen den Mann in dem Kampf gegen den Faschismus
nicht im Stich. Und wir sehen über den eng begrenzten Horizont
der trüben Gegenwart hinweg und wirken für eine bessere Zukunft
für unsere heranwachsende Jugend. Wir lassen den Ruf nicht
sinken, denn wir wissen, die Zukunft gehört uns!

Mathilde Wurm schloß dann die Versammlung mit dem
Appell, nicht länger zu zögern, sondern sich der einzigen Partei an-
zuschließen, die die Interessen aller Werktätigen vertritt.

Begeistert stimmten alle Anwesenden in das Hoch auf die
deutsche Sozialdemokratie ein. Bei den Klängen unserer Inter-
nationale fand auch diese Kundgebung ihren Abschluß.

Aufforderung zur Meuterei!

Neue Glanzleistung eines Hugenbergmannes im Landtag.

In der Dienstagssitzung des Preussischen Landtags ge-
dachte zunächst Vizepräsident Dr. von Arles der Gruben-
katastrophe auf der Zeche Mont Cenis in Herne, die bis jetzt
12 Todesopfer und 24 Verletzte gefordert hat. Er spricht den
Hinterbliebenen die Anteilnahme des Landtags aus und wünscht den
Verletzten baldige Genesung. Das Haus hat sich zu Ehren der Opfer
von den Bänken erhoben.

Im Anschluß hieran erklärt Ministerialrat Rosher vom Handels-
ministerium, daß es sich bei der bedauerlichen Katastrophe nach den
bisherigen Feststellungen um eine Schlagwetterexplosion
handelt. Ein abschließendes Urteil über die Ursache könne in der
verhältnismäßig kurzen Zeit noch nicht abgegeben werden, da die
Untersuchung sich noch im Gange befindet. Am Dienstagvormittag
sei der Unfallauschuss der Grubenkommision zusammengetreten.
Bis jetzt sei festgestellt worden, daß Kohlenstaub nur an einer
Stelle mitgeplündert sei. In vorbildlicher Weise seien die
Retigungsaktionen verlaufen. Dieses Unglück, das erste große
seit 1925, bedeute einen bedauerlichen Rückschlag der Sicherheitsmaß-
nahmen. Es werde aber Anlaß zur Prüfung der Frage geben, welche
weiteren Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden sollen.

Ohne Ausnahme wird hierauf ein kommunistischer Antrag, der
sich gegen die Schließung der Benzelsausgrube in
Neurode wendet, dem Ausschuss überwiesen.

Es folgt die Fortsetzung der

großen politischen Aussprache

über die Mißtrauensanträge und aller dazugehörigen poli-
tischen Anfragen und Anträge. Da die Aussprache am Freitag bereits
geschlossen wurde, sind nur noch die Schlussworte zu halten.

Abg. Wollweber (Komm.) polemisiert gegen die Ausführungen
der bürgerlichen Redner, besonders aber gegen die Sozialdemokraten.
Nur die Kommunisten hätten als einzige Partei die Wirtschaftskri-
se vorausgesehen. Sie seien auch heute noch die einzige
Partei, die nach der Machtergreifung Arbeit und Brot in Deutsch-
land schaffen würden.

Abg. Steuer (Dnat.) erklärt, die Polenik gegen die Harz-
burger Lagung der nationalen Opposition beweise, daß die Par-
teien an diesen bestimmenden Faktor der Innenpolitik
nicht mehr vorbeiragen könnten. Daran ändere sich nichts, auch
wenn hohe Staatsfunktionäre, wie der sozialdemokratische Debatte-
redner Oberpräsident Haas von Hesse-Nassau in einer Landräte-
konferenz politisch andersdenkende Beamte, die sich am Volksent-
scheid beteiligt haben, als üble Streber beschimpfte, die den Anschluß
nicht verpassen wollten. Mit einer solchen Begriffsverwirrung, die
Staat, Republik und Regierungsozialisten durcheinanderwerfe, könne
man sich nicht auseinandersetzen. Dasselbe gelte von Herrn Leinert,
der von den Räumern der Harzburger Front behauptete, daß sie die
Inflation wollten, um von ihren eigenen Schulden herunterzu-
kommen. Minister Severing habe eine Rede Hugenberg's,
in der dieser Ausführungen vor der Essener Handelskammer über
den Unitarismus machte, falsch zitiert. Die weitere Äußerung
Severing's, daß Wahlen die öffentliche Sicherheit gefährden, sei der
Offenbarungseid der Demokratie. Einer Regierung, die die Ber-
fassung verletzt, sei die

Polizei nicht zum Gehorsam verpflichtet.

Weiter polemisiert der Redner gegen die Ausführungen des Zen-
trumsabgeordneten Baumhoff, wobei er erklärt, daß die nationale

„Wehrsport“ der Bürgerkriegsbanden.

Nazi-Terror an der Nordbahn. — Nächtliche Schießübungen. — Vom „Geländespiel“ zum Ueberfall.

Im Rahmen der faschistischen Vorbereitungen zur „Abrechnung mit diesem System“ spielt die in den Kreis Niederbarnim führende Nordbahnstrecke eine besondere Rolle. Es handelt sich um die Gegend längs der Vorortbahn Berlin—Oranienburg. In diesem Gebiet wechseln militärische Aufmärsche des Stahlhelms mit Nachübungen nationalsozialistischer Sturmkolonnen; heute wird eine sozialdemokratische Versammlung von zusammengeholten Terrorgruppen der Hakenkreuzler mit Stühlen und Biergläsern überfallen, morgen überrascht eine Motorrad-Abteilung der Hitlerbanden ein kommunistisches Verkehrslokal und feuert Salve auf Salve in die betreffende Gastwirtschaft.

Dabei können sich die faschistischen Bürgerkriegsverbände auf ein offenes mit ihnen sympathisierendes Bauerntum stützen, wobei sie noch dazu die Gemisheit haben, daß sie bei bestimmten Anlässen, wenn auch subalternen, einer wohlwollenden Neutralität begegnen. Die republikanische Bevölkerung der Dörfer und Städte längs dieser Eisenbahnlinie und insbesondere ihr Vorkriegs, die sozialdemokratische Arbeiterschaft, denken aber nicht daran, diesen Teil des Kreises Niederbarnim kampflos dem Faschismus zu überlassen. Vorerst ergibt sich in kleinen Ausschnitten das folgende Bild:

Stahlhelm „erobert“ Birkenwerder.

In den ersten Vormittagsstunden des zweiten Oktobermontags legten an der Havel bei Hohen-Neuendorf mehrere Dampfer an. Kolonnen uniformierter Feldmarschmächtig ausgerüsteter Stahlhelmer waren die Passagiere. Was nicht per Dampfer kam, zog per Bahn, Auto oder zu Fuß heran. Zuerst wurde die Gemeinde Birkenwerder „erobert“, dabei wurden Frauen und Kinder kurzerhand vom Bürgerkrieg gejagt — dann ging es zu dem ausgedehnten Gelände des Großbauern Sturm, der seine Weiden an der Havel für die Bürgerkriegsübungen des Stahlhelms zur Verfügung gestellt hatte. Um die Mittagsstunde war der Aufmarsch der 3000 Stahlhelmer beendet, eine ganze Reihe der Leute muß Hunger für drei gehobt haben, denn aus den Gulaschkanonen wurden nicht weniger als 4200 Eisenportionen ausgehenkt. Auf einem Hügel hatte man Zelte errichtet, hier residierte der Stab mit Wäffren Gästen: vornweg Prinz Oskar, dazu General Reinhardt und der Herr Generaloberst Hege, vor einigen Jahren noch Chef der Heeresleitung. Zwischenbüch konzertierten die Stahlhelmtapellen, dann trieb man „Wehrsport“, und um 6 Uhr abends paradierten die Stahlhelmtapellen vor ihrer Führung. Schließlich wurden die Abfertigungen des Stahlhelms (!) aufgehoben und mit klingendem Spiel ging es zurück nach Birkenwerder.

Nazis „stürmen“ Gut Schönwalde.

Die nationalsozialistischen Sturmkolonnen bevorzugten für ihre Nachübungen mehr die Gegend zwischen Schönwalde und Schönereiche: Orte, die etwas abseits von der Bahnstrecke liegen, östlich in Richtung Schönlich—Mühlenbeck. Unlängst fand hier eine Übung für 170 Unterführer der Standarte 4 statt. Nachdem man am Chausseehaus Schönereiche angetreten war, veranstaltete man ein „Geländespiel“ um das Gut Schönwalde. Wie die Indianer krochen die 170 Figuren bäuchlings über die Hecke. Auf jeden Laut reagierte der auf dem Gut sitzende „Gezner“ mit Blinkzeichen. Die Herren Sturm-, Sturmmann-, Trupp- und

Scharführer stellten sich bei dem Beschleichen des Gutes übrigens sehr dreibeinig an, denn fortgesetzt wurde geklinkt. Schließlich mußten die Leute bis fünf Minuten vor Mitternacht im Dreck liegen, ohne sich zu mühen.

Als zweite Übung wurde den Unterführern Zeltbau an beigebracht. Die St.-Kolonnen sollten lernen, sich von dem üblichen Scheunenlager freizumachen. Um einhalbzwei Uhr nachts hatte man glücklich drei Zelte aufgebaut, dazu gab es etwas Stroh und einige Zeit später lagen 170 Vorkämpfer für das Dritte Reich knickelotternd und zähnelappernd auf nassem Stroh in den Zelten. Vor 6 Uhr wurde niemand aus den Zelten herausgelassen, wer es dennoch versuchte, wurde von den Posten wieder in die Zelte zurückgetrieben. Um 6 Uhr blies der Hornist zum Wecken. Anschließend wurden der Sturmabteilung entsprechende Kochgräben ausgehoben und Unterrecht im Ablochen erteilt, um für gewisse Zwecke eine bessere Unabhängigkeit der „Truppe“ von der Gulaschkanone zu haben. Alles in allem eine durchaus feidmähige Nachübung, deren etwas durchsichtige Schilderung niemals über den Ernst dieser Dinge hinwegtäuschen darf.

Zurück zu dem an der Nordbahn gelegenen Hohen-Neuendorf. Hier gibt es in einem Siedlungsblock merkwürdige Nazis. Es handelt sich teils um eine Gruppe russischer Flüchtlinge, teils um vertriebene Grenzlanddeutsche. Diese Russen haben 1920 während des Bürgerkrieges in der Sowjetunion eine nie ganz geklärt Rolle gespielt, jedenfalls ließ sie die Sowjetregierung trotz mehrfacher Bemühungen nicht wieder in ihre ehemaligen Wohngebiete bei Charkow. Zusammen mit den Grenzlandvertriebenen gehören sie heute zu den Hohen-Neuendorfer Nazis. Hierzu eine Zwischenbemerkung: zwei dieser Familien konnten ihre Söhne bei der Reichswehr unterbringen. Vermittler war der verstorbene erste Nazihauptling von Hohen-Neuendorf, ein Mann namens Schneidder, Architekt im Reichs-Marineamt, der seinerzeit wegen nationalsozialistischer Umtriebe entlassen wurde. Es kam nun einem Beobachter passieren — und die Fälle sind vorgekommen — daß sich Gruppen der Hohen-Neuendorfer Nazis nur russisch unterhalten. Sie bilden sich scheinbar ein, außer den Flüchtlingen in der Siedlung spräche in ganz Niederbarnim kein Russisch. Besonders gern spricht der Herr Adolf von Knauth, dessen Villa wir im Bild

Berliner Verkehrssorgen.

Neues Einschränkungprogramm. — Vom Straßenbahn- zum U-Bahnverkehr.

Die Verschärfung der Wirtschaftskrise hat einen weiteren starken Einnahmefall bei den städtischen Verkehrsmitteln bewirkt. Der Aufsichtsrat der BVG. sah sich daher gezwungen, zu einem neuen Einschränkungprogramm der Direktion Stellung zu nehmen. Das Programm will eine stärkere Benützung des Untergrundbahnnetzes durch Einstellung von Straßenbahnlinien und Omnibuslinien erreichen. Es ist jedoch unverkennbar, daß die Verwirklichung des Programms für Berlin eine fühlbare Verkehrsverschlechterung bedeutet.

Nach dem Bericht der Direktion hat der Tarif vom 1. September dieses Jahres eine teilweise Umgestaltung im Verkehr zur Folge gehabt. Durch die Erhöhung des Umsteigetarifs bei Straßenbahn und U-Bahn ging der Uebersteigeverkehr in ähnlichem Umfang wie seinerzeit beim Omnibus zurück. Auf Grund der Ergebnisse vom 1. bis 20. September dieses Jahres wurde festgestellt, daß die Uebersteigefahrten von Straßenbahn zu U-Bahn um etwa 33 Proz., von U-Bahn zu Straßenbahn um 58 Proz. und die inneren Umsteiger auf der Straßenbahn um 36 Proz. zurückgegangen sind.

Bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage ist mit einer weiteren Verschlechterung in den folgenden Monaten zu rechnen, um so mehr, als die Arbeitslosigkeit zum Winter sich wieder verstärken wird.

Alle Einschränkungen, die seit dem Jahre 1930 vorgenommen worden sind, liegen in der Richtung, den Wettbewerb zwischen den drei Betriebsmitteln Straßenbahn, Omnibus und U-Bahn zu beseitigen, so daß allmählich hierdurch ein auf die Eigenart der drei Verkehrsmittel abgestelltes Verkehrsnetz für das ganze Stadtgebiet geschaffen wird. Es ist beabsichtigt, 11 Straßenbahnlinien einzuziehen und 12 Linien zu verändern bzw. zu verstärken. Hierzu tritt außerdem die Einstellung des Sonntagsbetriebs auf zunächst 3 Linien. Im Omnibusbetrieb sollen 6 Linien eingezogen und bei 7 Linien Veränderungen vorgenommen werden.

Die Benützung der Sammellinien, 5 Stück für 1 M. ist wiederum hoch; sie beträgt bei der Straßenbahn 62 Proz. der Geradeausfahrten (Fahrten auf Sammelkarten), bei der U-Bahn 64 Proz. der Geradeausfahrten und Einzelfahrten.

Die Einführung dieser Sammelkarten hatte die Wirkung, daß die U-Bahn schon heute stärker als vorher benützt wird, da das ganze Netz der U-Bahn für 20 Pf. befahren werden kann.

Der Vergleich zwischen dem Monat August und September (1. bis 20.) zeigt, daß bei der Straßenbahn der Rückgang des echten

Verkehrs rund 1 Proz., beim Omnibus 14 Proz. beträgt, während bei der U-Bahn eine Zunahme von etwa 18 Proz. zu verzeichnen ist. Hierbei ist die saisonmäßige Steigerung von August zu September noch nicht berücksichtigt. Im ganzen genommen ist die Fahrtenszahl auf den drei Verkehrsmitteln um 2,5 Proz. gestiegen. Die Steigerung zwischen August und September beträgt im Durchschnitt der letzten drei Jahre im allgemeinen rund 4 Proz., so daß sich der Verkehr auf das gleiche Niveau zurückgeführt, um 1,5 Proz. verschlechtert hat.

Alle Einschränkungen, die seit dem Jahre 1930 vorgenommen worden sind, liegen in der Richtung, den Wettbewerb zwischen den drei Betriebsmitteln Straßenbahn, Omnibus und U-Bahn zu beseitigen, so daß allmählich hierdurch ein auf die Eigenart der drei Verkehrsmittel abgestelltes Verkehrsnetz für das ganze Stadtgebiet geschaffen wird. Es ist beabsichtigt, 11 Straßenbahnlinien einzuziehen und 12 Linien zu verändern bzw. zu verstärken. Hierzu tritt außerdem die Einstellung des Sonntagsbetriebs auf zunächst 3 Linien. Im Omnibusbetrieb sollen 6 Linien eingezogen und bei 7 Linien Veränderungen vorgenommen werden.

Die Zahl der Straßenbahnlinien würde sich dadurch von gegenwärtig 82 auf 71 Linien verringern, 1929 waren es 92 Linien; die Zahl der Omnibuslinien geht von 43 auf 33 herunter. In den Einschränkungsmaßnahmen ist Rücksicht darauf genommen, daß durch den Ausfall von Linien vermehrt Einseiter im Spitzenverkehr gefahren werden müssen.



„Aber du kannst Dolf doch nicht in eine Linie mit Hans Horber stellen, Dolf, der so gern arbeitet und soziale geistige Interessen hat!“ wandte sich nun Frau Loriot dem Gatten zu, ahnungslos, was sie damit anrichtete.

Der Sohn warf der Mutter einen mahnenden Blick zu, aber es war schon zu spät.

Während sprang der Professor auf und stieß brüht die Tasse zurück, die sie ihm lobend reichen wollte, so daß der heiße Tee der zusammenstehenden Frau über beide Hände spritzte.

„Herrgott im Himmel, nun sind wir ja schon wieder in Diskussion über die heranwachsende Jugend und ihre keilischen und körperlichen und wer weiß was für Störungen. Gibts denn auf der Welt nichts anderes mehr? Wollt ihr mich alle hier verrückt machen? Nichts als Familie, Familie, Familie. Da ist es kein Wunder, wenn ich mich nicht mehr konzentrieren kann, wenn ich mitten im Konzert verlage. Der Satan hole die ganze Familie.“

Mit lautem Knall fiel die Tür ins Schloß, daß die Fenster und das Glasdach leise zitterten. Frau Loriot presste die Lippen zusammen und drückte mechanisch ihr Taschentuch auf die verdrühten Stellen, deren feuerrote Male sich von der weißen Haut abhoben. Endlich blidte sie auf und sah wie Hilfe suchend zu dem Sohn hinüber. Aber sie erschrak bis ins Innerste, als das junge Gesicht sie mit einem Ausdruck grenzenloser Verzweiflung anstarrte.

„Vater ist heute erregt, Jungchen“, sagte sie mühsam, „sieh mal, morgen ist das Konzert, das über seinen neuen Kontrakt entscheiden soll... Es wird schon wieder besser werden.“

Der Sohn öffnete ein paar mal die Lippen, aber kein Wort entrang sich ihm. Endlich erhob er den zusammengefunken Körper und trat auf die Frau zu.

„Ja, Mutter“, sagte er, „es wird schon wieder besser werden.“

2.

Die Nacht ist mondhell und sternklar. Das Haus liegt dunkel und in tiefem Schlaf. Durch das Getreidefeld hinter dem Garten streicht der Sommerwind, er bewegt leise die

Aehren, die sich in leichten Wellenlinien kräuseln. Er fängt sich in den Sträuchern des Gartens und rauscht in den Kronen der alten Bäume. Schwarz steht der Wald in der Ferne.

Eine junge Gestalt schleicht leise die Treppe hinauf bis zum Bodenraum. Sie zündet kein Licht an. Im Dunkel tastet sie sich vorwärts und holt etwas aus einer Luke hervor. Dann stellt sie die Leiter an, steigt hinauf und öffnet eines der Dachfenster. Einen Augenblick bleibt die Gestalt still und unbeweglich und lauscht. Aber es ist alles ruhig. Nur die leise bewegte Luft summt in den Bäumen. Geräuschlos klettert der junge Mensch zurück, schleicht die Treppe hinauf und öffnet vorsichtig eine Zimmertür.

„Schläfst du?“ flüstert er kaum vernehmbar. Und dann, etwas lauter: „Germaine?“

Ein leises Aufstehen, dann wird das Licht angeknipst: „Ich bin längst angezogen, Dolf“, sagt die Schwester mit strahlendem Gesichtsausdruck, ich konnte überhaupt nicht schlafen vor Freude.“

Der Bruder legt ihr die Hand auf den Mund und dreht das Licht wieder aus. „Sei bloß still, Kleines“, sagt er mahnend, „du weißt, wie leise Mama schläft. Sie bekäme einen Todeschrecken, wenn sie wüßte, was wir vorhaben.“

Er nimmt das Kind auf den Arm und trägt es vorsichtig zur Türe. Dann bleibt er stehen und horcht. Aber alles bleibt still. Leise schleicht der Junge mit der Schwester auf dem Arm den Korridor entlang bis zur Treppe. Hier setzt er das Kind ab und holt Atem.

„Du bist doch mächtig schwer geworden in diesem Jahr“, sagt er, „ich kann dich bald nicht mehr schleppen. Na, nun kannst du allein gehen, hier hört man uns nicht.“

Germaine macht die Situation großes Vergnügen, sie weiß nicht, wie sie ihre Freude äußern soll. Zärtlich streichelt sie die herabhängende Hand des Bruders. „Du bist der Allerbeste und der Allerküßste, Schnössi“, flüstert sie und preßt die Hand des Jungen an sich. Dann schleicht sie hinter dem Bruder die Treppe zum Boden in die Höhe. Dolf steht schon an der Leiter. Behutsam trägt er ein Rohr und einen Kasten in die Höhe und klettert hinauf. Dann kehrt er zurück und hilft der kleinen Schwester nachzukommen. Sorgfältig umfaßt und stützt er sie, bis sie beide auf dem flachen Dach stehen.

„Hier!“ sagt er dann und deutet auf ein Gestell, an dem ein langes, bemaltes Rohr angebracht ist.

Germaine bricht in einen leisen Ruf des Entzückens aus. „Dein neues Fernrohr, Dolfchen, und das hast du alles selbst gemacht.“ Behutsam streichelt sie das Gestell, soweit sie reichen kann.

„Die Linsen haben mich mein ganzes Taschengeld ge-

kostet und den Inhalt meiner Sparbüchse dazu“, sagt der Bruder. „Aber selbst das hat noch nicht gereicht. Da habe ich denn dreimal in der Woche nach der Schule Privatstunde gegeben. Der dicke Hein, du kennst ihn ja, kapiert die Mathematik nicht. So bekam ich das Geld zusammen. Und das Gestell habe ich mir an den freien Nachmittagen zusammengezimmert, ohne daß einer was merkte.“

Germaine sieht in einem Gemisch von Staunen und Bewunderung zu ihm auf. „Papa hätte dir sicher Geld gegeben, Dolf!“ sagt sie zögernd.

Der Junge aber wendet sich ab. „Papa hat genug Ausgaben für mich“, erwidert er ausweichend, „ich will ihm nicht noch damit kommen. Und dann hätte er sicher auch gespöttelt über die Sternkunde“, legt er langsam hinzu. Papa ist eben Musiker und kein Wissenschaftler, wie ich einer werden will. Aber nun sieh mal durch, Liebling!“ Er richtet das Fernrohr nach dem Monde und hebt das Kind in die Höhe.

„Was du jetzt siehst, das sind hohe Gebirge, die man mit bloßem Auge nicht sehen kann. Und hier“ — er stellte die Linse schärfer ein — „das ist ein großes Gebirge mit Namen Kopernikus, zur Erinnerung an einen großen Astronomen. Kannst du den ungeheuren Ringwall erkennen, der sich um das Gebirge herumzieht? Der ist etwa 12 000 Fuß hoch. Das ist ungefähr dreitausendmal so hoch als unser Haus...“ Er stellt das Kind wieder auf den Boden und beginnt eifrig Zahlen in ein Heft zu notieren.

Germaine aber ringt augenscheinlich mit einem großen Entschluß. Sie atmet tief auf und senkt den Kopf. Dann sagt sie den Bruder am Ärmel. „Dolf“, sagt sie zögernd, „ich habe es mir überlegt, ich werde keine Aufwartefrau werden. Ich bleibe bei dir und helfe dir auf der Sternwarte. Oder kann ich nicht auch Astronom werden?“

Kenglich sieht sie zu dem Jungen auf. Der beugt sich nieder und küßt das kleine Mädchen. „Aber ja, Schwesterchen, natürlich kannst du das“, sagt er lächelnd, „und du kannst mir dort sehr viel helfen. Es gab schon einmal eine berühmte Astronomin, Caroline Herschel hieß sie, die half auch ihrem Bruder ihr Leben lang, und sie hat viele Kometen entdeckt und ist sehr berühmt geworden. Ihre Tagebücher und Briefe stehen unten in meinem Bücherschrank. Daraus werde ich dir mal vorlesen. Ein solches Geschwisterpaar werden wir zwei dann auch. Ach, weißt du, Germaine, es ist noch so ungeheuerlich viel zu entdecken und zu erforschen. Überall sind Rätzel und Geheimnisse — wir raten und deuten daran herum, aber wir wissen so wenig. Ach, vielleicht glückt es mir einmal, etwas zu erforschen, wovon wir uns heute noch keine Vorstellung machen können!“ (Fortsetzung folgt.)

wiedergeben, mit feinen Kampanen ruffisch. Wie Knauth selbst angibt, ist er Baile und unterhält in der Bismarckstraße 10/11 ein homöopathisches Institut. Eben in jener gemieteten Villa. Uns interessieren nicht die Privatverhältnisse dieses Mannes, es scheint nur, daß der Villa anfangs ein anderes Schicksal als das eines homöopathischen Instituts zugebracht hat. Der baltische Nationalsozialist von Knauth wollte nämlich hier ein Krankenhaus eröffnen. In der Gneisenaustraße in Berlin haben ja die Nationalsozialisten auch ein Krankenhaus. Diese Krankenhäuser passen zu den Razaisten wie die Faust aufs Auge.

Die Behörden machten dem Mann jedoch einen Strich durch die Rechnung. Erstens lehnte das Gesundheitsamt der Stadt Berlin rundweg einen Vertragsabschluss ab. Zweitens erteilte die Baupolizei keine Genehmigung wegen Feuergefahr. Drittens lehnte die Regierung in Potsdam die Einbürgerung dieses Mannes ab. Es ist anerkennenswert, wie die staatlichen Aufsichtsbehörden diese Razaisten im Keim erstickt haben. Die für den Krankenhausbetrieb angeschafften Betten sind inzwischen meistbietend versteigert worden.

Der Feuerüberfall in Dranienburg.

Desto rühriger sind die anderen Hohen-Neuendorfer Nazis, deren Häuptling der Assistent Jakobs vom Haupttelegraphenamte ist. Vor wenigen Wochen inszenierten sie im Hohen-Neuendorfer Lokal „Fichtenhain“ eine Saalschlacht. Sie versammelten sich vorher in Stärke von etwa 50 Mann im Gesellschaftshaus und rüdten zu einer von der Sozialdemokratie einberufenen Versammlung an, in der Genosse Jörgiebel sprach. In der Diskussion sprach der Nazi-Kreisvorsitzende Krehschmann, der erklärte, „man werde legal von Sprosse zu Sprosse emporsteigen, aber gehängt werde doch“. Als er mit „Heil Hitler“ schloß, rief die SA „Stähle hoch!“ und wie die Wilden ging es mit Stuhlbeinen und Biergläsern über die Versammlungsteilnehmer her. Erst das Eingreifen der Ortspolizei beendete die Saalschlacht.

Das stärkste Stück der Nordbahn-Nazis war aber bisher der Feuerüberfall auf das Lokal von Bach in Dranienburg. In dieser Stadt waren Schlägereien zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten an der Tagesordnung. Nachdem die Nazis am jüdischen Neujahrstag einen Fenstersturm gegen Wohnungen jüdischer Bürger unternommen hatten, holten sie am 24. September zu einem großen Schläge aus. Um 9 Uhr abends fuhr eine Motorrad-Kolonne vor das Luchse Lokal vor, hinterdrein noch etwa 100 Nazis zu Fuß. Blühlich trachten Salven durch die Nacht, die alle dem Lokal galten. Von einer Kugel getroffen, brach der Kommunist Venz zusammen. Einige Tage später konnten verächtliche Nazi-Schläger als Täter verhaftet werden, darunter ein Nazi-Stadtverordneter aus Dranienburg und der Dentist

Wiehe aus Hohen-Neuendorf. Auch in Zehnitz, einer Hochburg der Faschisten, wurden Verhaftungen vorgenommen. Seitdem ist eine Abteilung Schutzpolizei aus Potsdam in Dranienburg stationiert, da sich die Ortspolizei dem Bürgerkriegstreiben nicht mehr gewachsen zeigte. Dranienburg ist einer jener Orte, wo Landjäger sich durch Teilnahme am Volksentscheid offen zum Faschismus bekannten.

Schießübungen in Bergfelde.

Den nötigen Schießunterricht erhalten die nationalsozialistischen Burschen in Bergfelde. Hier existiert ein Schützenverein, der eine rein nationalsozialistische Organisation ist. Ursprünglich hatte er seine Schießstände auf dem Rackerischen Gelände, als das Gelände aber verpachtet wurde, lehnte der Pächter eine weitere Beherbergung der Faschisten ab. Deht haben sie sich einen eigenen Schießstand errichtet. Die Führung in diesem Schießverein hat der Stahlhelm. Um die 15 Mann starke Ortsgruppe der Nationalsozialisten schwebt ein geheimnisvolles Dunkel. Der Führer der Bergfelder Nazis, der Hilfsgerichtsvollzieher Schmerbach, wurde nämlich eines Tages von seinen eigenen Parteigenossen überfallen und halbtot geschlagen. In nächster Zeit wird zu diesem Ueberfall ein interessanter Prozeß steigen, wo sich Nazis gegen Nazis vor Gericht treffen werden.

Diese Vorgänge sind nur ein kleiner Ausschnitt aus dem faschistischen Treiben an der Nordbahnstrecke. Es geht nicht mehr, diese Dinge leicht zu nehmen, hier müssen die zuständigen Behörden mit eisernem Beien auftreten.



Die Villa des Herrn Adolf von Knauth in Hohen-Neuendorf. Hier sollte ein zweites Nazi-Lazarett entstehen. Es wurde aber nur ein „homöopathisches Institut“.

Allmächtiger Dumke.

Der Favag-Standal. — Selber sinnlos verpulvert.

Frankfurt a. M., 20. Oktober.

In dem Prozeß gegen die angeklagten Favag-Direktoren kam es zu einer außerordentlich kennzeichnenden Episode. Der angeklagte Direktor Mädje erklärte kaltblütig, daß er die Summe von 38 000 Mark, die er zusammen mit Dumke und Becker als Sondervergütung erhalten hatte, total vergessen habe. 38 000 Mark verdient ein Arbeiter vielleicht in dreißigjähriger mühsamer Arbeit als Lohn, Herr Mädje kann sich an diese nur an drei herten gestoffene Summe beim besten Willen nicht erinnern.

Der Aufsichtsratsvorsitzende Hoff mußte im weiteren Verlauf seiner Vernehmung zugeben, daß er über die 100 000 Mark Provision an die Favagdirektoren aus eigener Nachvollkommenheit verfügt habe, ohne ein weiteres Mitglied des Aufsichtsrates vorher oder nachher zu verständigen.

Wie häßig dieser Aufsichtsratsvorsitzende seinem Generaldirektor gegenüber war, geht z. B. daraus hervor, daß er sich nicht erinnern will, daß Dumke ihn einmal angefahren hat: „Sie werden das nicht prüfen, sondern akzeptieren!“ und als Beweis für die Unwahrscheinlichkeit dieses Vorfalls anführt: „Dumke hätte so eine Unterredung nicht angefangen, und es dann einfach fallen gelassen.“ Also, Dumkes Wille war höchstes Gesetz.

Ein anderes Mal hat Hoff dem allmächtigen Dumke in aller Bescheidenheit die klassischen Worte erwidert: „Man wird doch noch etwas sagen dürfen!“

Hinter dem Rücken dieser Puppe wurden die Betrügereien Dumkes und seiner Helfershelfer verübt. Daß in den Büchern Duzende von fingierten Konten geführt wurden, konnte der Aufsichtsratsvorsitzende nicht wissen, weil ihm diese Bücher nie vorgelegt wurden. Die Bilanzprüfung bei der Favag wurde nach der Betundung Hoff's außerordentlich oberflächlich vorgenommen. Die Sitzungen begannen um 9 oder 10 Uhr vormittags. Generaldirektor Dumke gab einen Bericht, einige Anwesende stellten Fragen, die Dumke beantwortete. Um 1 Uhr ging man zum gemeinsamen Mittagessen. Aben wurden, wie der Sachverständige durch eine Zwischenfrage ausdrücklich feststellte, niemals eingesehen.

Es war schon so, wie ein Beistiger dazwischenwarf: „Praktisch bestand also die Tätigkeit des Aufsichtsrates in der Befundung von Vertrauen in den Vorstand.“

In der Dienstagmorgenversammlung wurde insbesondere die Bereinigung der Favag mit der Versicherungsgesellschaft „Deutscher Lloyd“ besprochen. Auch hier wurden sehr hohe Sondervergütungen gezahlt, und zwar an fünf Direktoren je 10 000 Mark, an drei Direktoren im ganzen 38 736 Mark. Begründet wurden diese Zahlungen mit „der großen Freude“ über die geglückte Fusion. Zwei der Direktoren erhielten 10 000 Mark, obwohl sie an den Fusionsverhandlungen in keiner Weise beteiligt waren, sondern lediglich einen Anreiz erhalten sollten, um sich in der angegliederten Gesellschaft ihren Sparten eifriger zu widmen.

Die Verhandlung wird am Donnerstagvormittag fortgesetzt.

Beisehung der Opfer von Mont Genis.

Ursache der Katastrophe: Schlagwetterexplosion.

Dortmund, 20. Oktober. (Eigenbericht.)

Die katholischen Opfer des Grubenunglücks auf der Jede Mont Genis in Herne werden am Donnerstagmorgen um 15 Uhr auf dem Friedhof in Börning beigesetzt, die evangelischen um 16 Uhr in Holthausen.

Der Unfallauschuh der Grubensicherheitskommission Dortmund hat am Dienstag die Grubenbaue besahen und festgestellt, daß es sich bei dem Unglück um eine Schlagwetterexplosion handelte, bei der auch Kohlenstaub mitgewirkt hat. Das Besteinstaubverfahren hat nach den Feststellungen des Ausschusses eine weitere Ausbreitung des Unglücks verhindert. Die Ursache der Explosion selbst kann erst nach erfolgter Aufräumung der Unglücksstelle festgestellt werden.

Von den Schwerverletzten sind inzwischen drei gestorben, so daß sich die Zahl der Todesopfer auf fünfzehn erhöht.

Sprechchor für proletarische Feiertunden. Die Uebungsstunde findet am Donnerstag um 19½ Uhr im Uebungsraum der Sophienstraße, Weinmeisterstr. 16/17, statt.

Neues Eisenbahnattentat.

Katastrophe im letzten Augenblick verhindert.

Prag, 20. Oktober.

Bei dem Streckenwärter der Eisenbahnbrücke, die bei Komorn über die Donau führt, erschien kurz vor Mitternacht ein Mann, der sich erkundigte, ob der internationale Schnellzug Budapest-Prag Verspätung hätte. Als der Streckenwärter dann die Strecke abging, fand er auf der Brücke zwei auf den Gleisen liegende Steine von je etwa 70 Kilo Gewicht. Durch Lichtsignale gelang es dem Wärter, den Schnellzug im letzten Augenblick zum Halten zu bringen. Die ungarischen und tschechischen Grenztruppen wurden von dem Vorfall benachrichtigt. Die tschechoslowakische Grenztruppe hat bereits eine bestimmte Spur aufgenommen.

Wie es zur Katastrophe kam.

Erklärung des Angeklagten Klotz im Calmette-Prozeß.

Lübeck, 20. Oktober.

Am heutigen 7. Verhandlungstage kam zunächst ein Schreiben des Schwedischen Reichsgesundheitsamts zur Sprache, in dem auf Wunsch des Gerichts mitgeteilt wurde, daß die Abgabe der Impfstoffe in Schweden, die zentral von einer Stelle aus erfolgt, durch ständige Tierversuche kontrolliert wird.

Der Vorsitzende fragte Prof. Denge, weshalb solche Versuche nicht auch in Lübeck gemacht worden wären und ob nicht dadurch der Fehlschlag vielleicht sich hätte feststellen lassen. Dr. Denge erwiderte, er glaube nicht, daß man den Fehlschlag früher hätte erkennen können. Es habe sich ja in Lübeck nicht um eine Verunreinigung, sondern um ein plötzlich auftretendes Giftwerden (spontane Virulenz) des BCG. gehandelt.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung begann das Gericht dann mit der Vernehmung des Angeklagten Prof. Dr. Klotz, der betonte, daß er damals fest von der Unschädlichkeit des BCG. überzeugt gewesen sei. Allerdings habe er in der Sitzung des Gesundheitsrats keinen Zweifel darüber gelassen, daß der Nutzen der BCG.-Fütterung noch nicht bewiesen und daher problematisch sei. Die Fütterung sei nicht auf seine Verantwortung geschoben. Dann erläuterte Prof. Klotz, wie die Entdeckung, daß die Calmette-Fütterung fehlerhaft sei, im Kinderhospital vor sich gegangen sei. In den Kinderhospitälern seien mit BCG. gefütterte Kinder erkrankt, jedoch ohne daß ein Zusammenhang mit der Fütterung festzustellen gewesen wäre. Am 24. und 25. April 1920 seien die ersten Bedenken aufgekommen. Er, Prof. Klotz, sei von einem Gutachter Arzt und von einer Lübecker Arztin auf ganz besondere Merkmale hingewiesen worden, die sich bei den Kindern gezeigt hätten.

Die Sektion eines gestorbenen Kindes am Tage darauf habe den eindeutigen Befund einer Fütterungsstarkulose ergeben.

Seht erst habe man Klarheit darüber gehabt, daß die Erkrankungen unter den Säuglingen im Zusammenhang mit der Calmette-Fütterung standen. Professor Denge habe sich dann mit ihm über diese Tatsache unterhalten und man habe beschlossen, vorläufig das Denge-Mädchen Partigen (Antituberkulose-Einspritzung) aufzugeben, um die Einwohner Lübeds nicht zu beunruhigen.

Der letzte Ausweg.

Aus dem Teltomkanal wurden, wie wir berichteten, bis zusammengebandenen Leichen eines alten Mannes und einer alten Frau gefandelt. Die zunächst Unbekannten wurden festgestellt als der 73 Jahre alte Sozialrentner Ariur Straße und seine 68 Jahre alte Ehefrau Agnes, die in Richterfelde-West in der Karststraße 1/2 gewohnt hatten. Die alten Leute hatten viel Kummer erfahren und aus diesem Grunde wohl beschlossen, ihrem Leben gemeinsam ein Ende zu machen.

Freie Sozialistische Hochschule.

Es liegen nunmehr die ersten Vorträge in diesem Winterhalbjahr fest und zwar: Sonnabend, den 24. Oktober, 19½ Uhr: Dr. Rudolf Hilferding: „Die Krise der kapitalistischen Kreditorganisations“; Sonnabend, den 14. November, 19½ Uhr: Prof. Dr. Siegfried Mark-Breslau zum 100. Todestag Hegels: „Hegel und der wissenschaftliche Sozialismus“; Sonnabend, den 5. Dezember, 19½ Uhr: Prof. Leo Kestenberg: „Kunst und Weltanschauung“. Die Vorträge finden im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, statt.

Wie entsteht Stauben u. Fusseln der Wäsche?



Die Ursache ist mangelhaftes Spülen; eingetrockneter Seifenstaub, der im Gewebe verbleiben ist, verbleibt, wenn man die Wäsche aus dem Schrank nimmt und auseinanderbreitet.

Nehmen Sie zum Klarspülen der Wäsche immer einige Handvoll Sil, die Sie - kalt verrührt - dem ersten warmen Spülwasser begeben. Dann geht das Spülen viel schneller.



Und Sie haben immer mit wenig Mühe die schönste, gepflegte Wäsche!



Sil
spielt und bleicht ganz unerreich!

Die Senkung des Zuckerpreises.

Weniger erzeugen oder mehr essen? — Der Antrag der Sozialdemokratie.

Durch die mehrfache Erhöhung des Zuckersollens ist seit Anfang 1927 die Entwicklung der deutschen Zuckerpreise völlig von der Entwicklung der Weltmarktpreise unabhängig geworden. Seit dieser Zeit hält sich der Zuckerpreis in Deutschland ungefähr auf der gleichen Höhe.

Die Weltmarktpreise sind aber von 18 Mark auf 6 bis 7 Mark je Zentner gesunken.

Eine Steigerung der Inlandspreise wurde durch die Einführung eines Höchstpreises vermieden, der zunächst auf 21 Mark, dann bei der letzten Zollserhöhung im Frühjahr 1930 auf Drängen der Sozialdemokratie nur auf 20,50 Mark festgesetzt wurde. Da bei einer Ueberwälzung dieses Höchstpreises der Zoll sich automatisch senken würde, wodurch die Zuckereinfuhr steigen würde, hat sich die Zuckerindustrie selbstverständlich gehütet, den Höchstpreis zu überschreiten, so daß wir seit Anfang 1930 einen fast völlig stabilen Zuckergroßhandelspreis haben. Für die Verbraucher freilich ist seit Juli der Zucker um 6 Pf. je Pfund teurer geworden, da durch die Rotverordnung vom 16. Juli die Zuckersteuer verdoppelt wurde, um den Zwangsbedarf des Reichs zu decken. Die Folge war, daß der Zuckerkonsum beträchtlich zurückgegangen ist.

Durch die für die deutsche Zuckerindustrie im Verhältnis zu den Weltmarktpreisen so günstige innerdeutsche Preisgestaltung ist der Zuckerrübenbau in den letzten Jahren ständig ausgebeutet worden. Da aber der Zucker nicht billiger wurde, sondern die Zuckerpreise sich stets knapp unter dem Höchstpreis hielten, blieb der Verbrauch hinter der erhöhten Erzeugung weit zurück.

Um den Ueberfluß unterzubringen, exportierte daher die Zuckerindustrie die Mengen, die sie nicht in Deutschland absetzen konnte. Je stärker aber die Weltmarktpreise sanken und je größer der Anteil des deutschen Exports an der Gesamtproduktion wurde, desto größer wurden

die Verluste aus der Ausfuhr

und einen desto geringeren Gesamterlös konnte die Zuckerindustrie erzielen.

Die Sozialdemokratie hat deswegen schon früher gefordert, daß der Höchstpreis gesenkt werden soll, um durch Verbilligung des Zuckers eine Verstärkung des inländischen Konsums herbeizuführen. Von einer solchen vernünftigen Zuckerpolitik wollten aber die landwirtschaftlichen Interessentenverbände nichts wissen. Sie forderten vielmehr und erreichten es auch im Frühjahr 1931, daß die gesamte Zuckerindustrie zwangsmäßig zusammengeschlossen und die Zuckerproduktion kontingentiert wurde. Das heißt, für jede Fabrik wurde auf Grund ihrer bisherigen Produktionsmenge ein Grundkontingent bestimmt, so daß die tatsächliche Produktionsmenge jedes Jahr neu in Prozentanteilen des Grundkontingents festgesetzt werden kann.

Hierdurch haben sämtliche bestehenden Zuckerrübenanbau in den Privilegien erhalten. Der aufstrebende Zuckerrübenanbau in den bäuerlichen Gebieten Süd- und Westdeutschlands ist aber benachteiligt worden, weil er, wenn er seine Produktion ausdehnen will, erst das Kontingentsrecht von stillgelegten Fabriken, z. B. in Sachsen oder Schlesien, kaufen muß. Die Zuckerrübenproduktion ist aber in den bäuerlichen Gegenden viel billiger als in den Gegenden mit ausgesprochenen Großbetrieben, weil der Bauernbetrieb mit seinen vielen Arbeitskräften für den intensiven Zuckerrübenbau besonders geeignet ist.

Die vorgezeichnete Produktionseinschränkung.

Die Zuckerproduktion ist nun für dieses Jahr auf vorläufig 65 Proz. des Grundkontingents festgesetzt worden. Es sollen also, da das Grundkontingent 40,4 Millionen Zentner beträgt, nur 26,3 Millionen Zentner Rohzucker erzeugt werden, während die Produktion im Jahre 1930/31 annähernd 50 Millionen Zentner betrug. Durch diese Produktionseinschränkung erhofft man, die Produktion mit dem Konsum in Einklang zu bringen. Dies wird aber auf Kosten der Konsumenten und der billiger erzeugenden Zuckerproduzenten erreicht, denn die Einschränkung der Produktion erfolgt gleichmäßig bei allen Erzeugern, sowohl bei den teuer produzierenden Zuckerrübenbauenden Großbetrieben wie auch in den billiger erzeugenden Kleinbetrieben. Um hier einen Ausgleich zu schaffen, hat

die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag beantragt, den Zuckerrückpreis auf 18 Mark zu senken,

um so eine Ausbeutung der am teuersten arbeitenden Betriebe zu erzwingen und gleichzeitig den Konsum durch Verbilligung des Zuckers zu heben. Der Weg, den die Mehrzahl der Zuckerrübenbauern gehen will, durch Einschränkung der Produktion den hohen Zuckerpreis zu halten, ist für uns ungangbar.

In den Tropen entsprechen die Produktionskosten für Zucker aus Zuckerrübe ungefähr den heutigen Weltmarktpreisen. Würde also Deutschland seinen gesamten Zuckerbedarf durch Rohrzucker decken — eine herabgesetzte Nachfrage nach Rohrzucker könnte bei der außerordentlichen Produktionskraft der tropischen Gebiete sehr bald befriedigt werden —, so würde der deutsche Verbraucher gewaltige Summen er-

sparen. Der deutsche Zuckerverbrauch beträgt ungefähr 30 Millionen Zentner jährlich. Auf dem Weltmarkt kostet Zucker 7 Mark, während im Inland der Zuckerpreis ohne Steuer 20,50 Mark, also fast dreieinhalbmal so viel beträgt. Würde der deutsche Zuckerbedarf im Ausland gedeckt, so bräuhien nur 210 Millionen Mark hierfür aufgewendet zu werden, während die deutschen Verbraucher der deutschen Landwirtschaft für die gleiche Zuckermenge 615 Millionen Mark zahlen müßten.

Trotzdem hat die Sozialdemokratie bisher noch nicht verlangt, daß der Zuckerbedarf Deutschlands auf dem Weltmarkt gedeckt werden soll, weil sie der Ueberzeugung ist, daß eine Aufgabe des Zuckerrübenbaus in Deutschland nicht im Interesse der gesamten Volkswirtschaft liegt. Der Rübenbau ist eine der stärksten Intensivkulturen und besonders in den bäuerlichen Gegenden geeignet, den Boden in den Zustand der höchsten Fruchtbarkeit zu bringen. Außerdem sind in der Zuckerindustrie große Werte investiert und viele Arbeiter beschäftigt. Diese Rücksichtnahme kann nur fortgesetzt werden, wenn auch die Zuckerindustrie und die hinter ihr stehenden landwirtschaftlichen Organisationen erkennen, daß durch Hochhaltung der Inlandspreise und allgemeine Einschränkung der Produktion keine Lösung des Zuckerproblems erreicht werden kann.

Die Produktion darf nicht dem durch die außerordentlich hohen Verbraucherpreise geschrumpften Konsum angepaßt werden, vielmehr muß der Zuckerpreis so niedrig wie möglich festgesetzt werden, damit der Zuckerverbrauch gehoben und die Produktion dort, wo sie mit niedrigeren Erzeugungskosten möglich ist, ausgedehnt werden kann. Dies kann aber nur durch die Senkung des Höchstpreises, wie es die Sozialdemokratie verlangt, erreicht werden. Die Forderung der Sozialdemokratie wird allein den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten gerecht.

Moratorium für Hypotheken?

Die Organisationen der Hausbesitzer, unterstützt von einigen industriellen Verbänden, bestürmen das Reichsjustizministerium, um ein Moratorium für Aufwertungshypotheken und sogar auch für die in der nächsten Zeit fällig werdenden neuen Goldmarkhypotheken zu erlangen. Im Reichsjustizministerium werden die Wünsche der Antragsteller gegenwärtig untersucht. Die Schuldverbände der Hypothekengläubiger haben gegen den Erlass eines Moratoriums für Aufwertungs- und sonstige Hypotheken beim Reichsjustizministerium protestiert.

Es wird notwendig sein, daß die Reichsbehörden diesen Anträgen mit der allergrößten Reserve begegnen. Leider gibt es in Deutschland Privatleute und Unternehmer genug, die die gegenwärtigen volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten dazu ausnützen wollen, sich um ihre privatwirtschaftlichen Verpflichtungen zu drücken. Das Reichsjustizministerium wird alle Veruche, zur Erlangung eines gezielten Zahlungsausschlusses für neue Hypotheken — es wird auch von Industrieobligationen gesprochen — ohne jede Diskussion abzulehnen haben. Es kann sich hier auch noch nicht um große Summen handeln, deren Mobilisierung unmittelbar gesamtwirtschaftliche Gefahren hervorruft.

Besondere Gesichtspunkte sind bestenfalls bei jenen 1 bis 2 Milliarden Ende dieses Jahres fälligen Aufwertungshypotheken gerechtfertigt. Die Summen sind groß, die Geldbeschaffung ist schwer, der Kapitalmarkt ist wenig ergiebig, das mangelnde Vertrauen kann erzwungene Zahlungen in unbilliger Weise verteuern und es können die Gesamtwirtschaft schädigende Wirkungen eintreten. Wie hier nun, mit größter Vorsicht und sehr kurzfristig — in Erwartung gesünderer Kredit- und Kapitalmarkterhältnisse — von Reichswegen entgegenzukommen wäre und zwar auch nur dort, wo es sein muß, ist die alleinige Aufgabe des Reichsjustizministeriums, die angesichts der gestellten Anträge zu prüfen ist.

Steigende Kohlenförderung im September. Belebung durch das Hausbrandgeschäft.

Der winterliche Hausbrandbedarf hat im Monat September die Kohlen- und Briketterzeugung etwas steigen lassen. Im Ruhrbezirk wurden im September 6,99 Millionen Tonnen gegen 6,90 Millionen im August gefördert (8,61 Millionen im September v. J.); in Westerschlesien hat sich die Kohlenförderung gegen August von 1,3 auf 1,5 Millionen Tonnen erhöht. Daß die Kohlerzeugung im Ruhrgebiet meißer von 1,55 auf 1,47 Millionen Tonnen gesunken ist, läßt den saisonmäßigen Charakter der erhöhten Kohlenförderung klar erkennen. Im Ruhrgebiet waren im September rund 285 000 Bergarbeiter beschäftigt gegen rund 243 000 im August und noch 311 000 im September v. J. Der Belegschaftsabbau übertrifft bei weitem den Produktionsrückgang. Die Kohlen-, Koks- und Brikettsbestände des Ruhrgebietes waren mit 11,64 Millionen Tonnen im September ebenso hoch wie im August. Auf einen Mann der Gesamtbelegschaft kamen 3,53 Feherschichten.

Auch bei der Braunkohle zeigt sich eine saisonmäßige Besserung. In Mitteldeutschland wurden 8,33 gegen 7,43 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert, die Briketterstellung erhöhte sich von 2,03 im August auf 2,29 Millionen Tonnen im September.

Reichsbahn gegen Lastauto.

Der Reichsverkehrsminister verteidigt das Kraftverkehrsgesetz

Durch die Rotverordnung vom 6. Oktober sollte der jahrelange Kampf zwischen der Reichsbahn und dem Autoverkehrsgewerbe beendet sein. Die Durchführungsbestimmungen zur Rotverordnung haben den Kampf in aller Schärfe neu entstehen lassen.

Die neuen Bestimmungen werden am 1. November in Kraft treten. Danach ist jede Güterbeförderung durch Lastautos über 50 Kilometer hinaus konzessionspflichtig. Frei von jeder gesetzlichen Regelung ist also nur noch der Nahverkehr und daneben der Werkverkehr, d. h. die Beförderung von einem Betrieb zum anderen desselben Unternehmens auf eigenen Lastwagen. Autotransporte über 50 Kilometer hinaus dürfen nur noch zu den gesetzlichen Frachtsätzen erfolgen. Zur Ermittlung dieser Frachtsätze hat die Reichsbahn ihre höchsten Tarife A und B zu einem Tarif zusammengefaßt; die Güter dieser Klassen werden jetzt zu den früheren B-Tarifen, die um 3,5 Proz. gesenkt wurden, befördert. Der Kraftverkehr muß alle Güter zu diesem A-B-Tarif mit einem Zuschlag von 5 Proz. befördern. Es ist also ein gezieltes Frachtpreiszwangsartef für die ganze Güterbeförderung verordnet worden.

Gegen diese Bestimmungen hat der Reichsverband der Automobilindustrie durch seinen Autopressedienst energisch Stellung genommen. Zunächst wird dagegen protestiert, daß die Durchführungsbestimmungen erst zwei Wochen vor ihrem Inkrafttreten veröffentlicht wurden. Vor allem aber bezeichnet er die Tarifbestimmung für unerträglich. Sie bedeute, daß der Lastwagenverkehr in Zukunft auf die Beförderung billiger Massengüter beschränkt müsse, da ja alle Güter dem A-B-Tarif unterliegen, während die Reichsbahn für sie die niedrigen C- bis F-Tarife anwende. Dadurch verliere das Kraftverkehrsgewerbe etwa die Hälfte seines Geschäftsumfanges. Der Autopressedienst bezeichnet es als grotesk, daß die um allgemeine Preislenkung bemühte Regierung für den Transport höhere Preise vorschreibe, als sie das Gewerbe selbst fordere.

Diesen Angriffen des Kraftverkehrsgewerbes antwortet der Reichsverkehrsminister Treveranus in einem „Einsachheit!“ überschriebenen Artikel. Das Ziel einer Neuordnung des Güterverkehrswesens müßte die Vereinfachung sein. Deshalb habe die Reichsbahn ihre höchsten Tarifsätze gesenkt; gerade die Höhe dieser Tarife habe zu einer „Verkehrsinflation der Landstraße“ geführt. Das habe zu einer unerträglichen Belastung der Landstraßen und der Wegebaupflichtigen geführt. Außerdem sei die Konkurrenz unter den Frachtführern dank einer sehr entgegenkommenden Kreditpolitik der Automobilindustrie so stark geworden, daß die Einnahmen kaum die laufenden Ausgaben deckten, von einer Abzahlung der Schulden gar nicht zu reden.

Zur wichtigen Frage der Beförderung von Massengütern führt der Reichsverkehrsminister aus, daß es „volkswirtschaftlich unerantwortlich wäre, wenn die Landstraßen weiterhin mit Massengüterfrachten zersört würden, für die der Kraftwagen nicht berufen sei und die die Selbstkosten des Kraftwagens nicht deckten, und wenn gleichzeitig der wertvollste Besitz des deutschen Volkes, die Deutsche Reichsbahn, durch solchen ungesunden Wettbewerb der ihr nach gesunden volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zustehenden Massentrachten beraubt werden sollte.“

Kanada verbietet Goldausfuhr.

Die kanadische Regierung hat mit sofortiger Wirkung die Ausfuhr von Goldmünzen und Goldbarren verboten. Das Verbot bezieht sich in der Hauptsache auf die Produktion der Goldbergwerke, die bis auf weiteres der staatlichen Münze zugeführt werden wird. Es wird betont, daß aus der erwähnten Verordnung nicht gefolgert werden dürfe, daß Kanada den Goldstandard aufgegeben habe. Es handle sich für Kanada nur darum, die ausländischen Geldgeber, insbesondere in den Vereinigten Staaten, entsprechend den Bedingungen der Anleihe, also gegebenenfalls in Gold, auszahlten.

Eine Berichtigung.

In Nr. 471 des „Vorwärts“ vom 8. Oktober 1931 haben wir unter der Ueberschrift „Viel Börm um Stahlfurter Chemische“ die Ansicht des Landeshauptmanns Dr. Caspary über das Banthaus Gebr. Arons wiedergegeben, die er vor dem Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages in Sachen Landbont-Sanierung äußerte. Das Banthaus Gebr. Arons bezeichnet die Ansicht, daß es an den von Caspary als „Raubzug gegen die öffentliche Hand“ bezeichneten Manipulationen beteiligt gewesen sei, als unrichtig. Nicht widerlegt ist aber die Auffassung Casparys, daß der Erwerb der Obligationen erst nach Bekanntwerden der öffentlichen Sanierungsabsichten erfolgte.

Sie dürfen natürlich

in **CLUB** Packungen nicht irgendwelche „Zugaben“ suchen, denn was Sie für **CLUB** zahlen, ist lediglich der Gegenwert für eine — allerdings ungemein hohe — Zigaretten-Qualität. **CLUB 3½** ist mild, sie kratzt nicht.



Max Barthel: Der Kampf ums Brot

oder: Die Liebe höret nimmer auf

Otto Mehnert war ein gutgewachsener junger Mann, ein Kaufmann, um es ganz richtig zu sagen. Er ließ schon viele Monate arbeitslos durch die große Stadt. Der Tag, von dem wir berichten, war nicht schön. Es stürmte, und aus schwarzen Wolken fiel ab und zu ein Regenschauer. Mehnert wanderte trotz des Regens durch die Stadt, er hatte keine Bleibe mehr und sehnte sich nach einem Dach über dem Kopf. Als er an einem Friedhof vorbeikam, blieb er einen Augenblick stehen, starrte durch das schmiedeeiserne Gitter und dachte:

„Die Toten dort, die habens schon gut, aber noch besser wäre es, es auch so gut zu haben wie die Toten und dabei lebendig zu sein.“

Von den Gräbern, von einem frisch aufgeworfenen Hügel her bewegten sich einige Leute nach der Straße. Vor ihnen gingen ernst und würdig zwei Musikanten. Das goldne Blech ihrer Instrumente schimmerte matt im Licht. Es regnete nicht mehr. Ritten auf der Straße beschleunigten sie ihre Schritte. Die kleine Trauergemeinde. Mehnert hatte sich ihnen unbewußt angeschlossen, auch in ihm war ja genug Grund zur Trauer, die kleine Trauergemeinde folgte den Musikanten und steuerte zielbewußt die gegenüberliegende Kneipe an. Vor der Kneipe stellten sich die Musikanten wie zwei feierliche Posaunenengel auf und bliesen mit Andacht einen traurigen Marsch.

Der kleine Zug in schwarz trauerte um den Buchhalter Emil Hecht, und am tiefsten trauerte natürlich die Katalie Hecht. Sie war erst 26 Jahre alt und hatte ein offenes Gesicht, das durch die Tränen ein wenig verschleiert war. Sie hing schwer im Arm ihres Bruders und Mehnert hörte sie auf die Behauptung ihres Bruders, heute sei ein verdammt schlechtes Wetter, antworten:

„Das schon, da tanst du schon recht haben, Hans, aber es ist immer noch besser, als gar kein Wetter.“

Dieser Ausspruch heiterte Mehnert beträchtlich auf, und ehe er sich's versah, war er mit den anderen Leuten an den traurigen Trompetern vorbei in die Kneipe gegangen. Und dort wandte sich plötzlich der Bruder der jungen Witwe an ihn und sagte:

„Das ist schön, daß Sie doch noch gekommen sind, Herr Scholz, bitte, nehmen Sie doch Platz. Wir wollen nach dem kleinen Imbiß die ganze Geschichte besprechen.“

Otto Mehnert wollte erst erklären, daß er nicht der Herr Scholz sei, daß er leider nichts zu besprechen habe, aber schon hatte sich der junge Mann dem Wirt zugewandt und bestellte eine Lage Bier mit Kognak. Das Essen, sagte er, würden sich die Herrschaften selbst ausuchen. Mehnert hatte den ganzen Tag noch nichts gegessen. Alle setzten sich. Auch er setzte sich neben die beiden Trompeten, trank mit kummervollem Gesicht der jungen Witwe zu und bestellte Kalbsbraten. Die Aufführung, dachte er, könnte nach der feierlichen Abfütterung erfolgen, das Bier und der Kognak hatten ihm schon ein wenig Mut gemacht.

Eine neue Lage Bier kam auf den Tisch. Dann wurden Zigarren herumgereicht. Mehnert wählte sehr bedachtlos und äugte durch den blauen Rauch zu dem jungen Mann, der ihn für einen Herrn Scholz gehalten hatte. Und als dieser junge Mann aufstand und nach dem allen Titeln vorbehaltenen kleinen Ort ging, stand auch Otto Mehnert auf, verbeugte sich still vor Katalie Hecht und entfernte sich aus dem Lokal. Auf der Straße beschleunigte er seine Schritte, grüßte mit der Hand noch den Toten hinüber, die für ihn so gut gesorgt hatten und malte sich aus, was wohl der Bruder zu der Schwester sagen würde, wenn die Rede auf den plötzlich verschwundenen Herrn Scholz kam.

„Ist das aber komisch, wo ist denn nun eigentlich der Herr

Scholz?“ fragte der Bruder, aber die Schwester fand es gar nicht komisch. Sie sagte:

„Wo wird er denn sein? Telephonieren wird er, Hans.“

Herr Mehnert ging satt und zufrieden durch die Stadt und suchte einen Freund auf, der noch ein Dach über dem Kopf hatte. Und in derselben halben Stunde näherte sich der Vertreter der Lebensversicherung „Viva“, Herr Artur Scholz, dem Tisch in der kleinen Kneipe und stellte sich mit einer eleganten Verbeugung vor.

„Scholz? Scholz?“ fragte der Bruder. „Ich höre immer Scholz, machen Sie sich dünne, Herr, ein Scholz ist schon da, er ist gerade telephonieren.“

Der Herr von der Lebensversicherung erstarrte. Und als er behauptete, er sei der richtige Scholz, sprang der Bruder auf, nahm ihn am Kragen und wollte ihn als Schwindler hinauswerfen. Frau Katalie griff in den Streit ein und verlangte die Legitimation zu sehen. Der Mann von der „Viva“ überreichte sie mit einer neuen, noch eleganteren Verbeugung. Die junge Witwe prüfte die Papiere und sagte:

„Ach, nehmen Sie doch bitte Platz, lieber Herr, es ist schrecklich, wie versucht wird, schuldlose Frauen zu betrügen.“

Sie warf ihm einen seelenvollen Blick zu, den er nur halb erwiderte, denn er war schon verheiratet. Der richtige Herr Scholz nahm Platz und durfte dann mit den anderen auf den falschen Herrn Scholz schimpfen.

Von diesem denkwürdigen Tage an ging es Otto Mehnert besser. Er hatte wieder eine Bleibe und freundete sich in den nächsten Tagen mit den Friedhofsbeamten an. Nun wußte er über Begräbnisse ganz gut Bescheid. Jetzt blieb er nicht mehr an der schmiedeeisernen Türe stehen, nun ging er mit an die Gräber, drückte den Witwern und am liebsten den Witwen die Hand, gab sich als Freund oder entfernter Verwandter aus, trollte mit edler Selbstverständlichkeit mit in die Cafés oder Kneipen und labte sich an Speiß und Trank. Mit seinen Neugierungen bei Tisch aber war er immer sehr sparsam.

Einmal aber mußte er reden, da traf er nämlich unter den Trauergästen die junge Frau Katalie Hecht wieder. Sie erkannte ihn nicht. Um seine Verlegenheit zu verbergen, drückte er ihr mit besonderer Herzlichkeit die Hand. Sie dankte mit einem seelenvollen Blick.

Katalie Hecht hatte schon viele Male geseufzt, vor verschiedenen Männern geseufzt, aber heute erreichte ihr Seufzer doch sein Ziel: das Herz des Herrn Otto Mehnert, der in den letzten Monaten nur von den Toten gelebt hatte. Er wollte viel lieber mit den Lebenden leben, die junge Frau gefiel ihm sehr gut, und aus diesem Händedruck und Seufzer stieg, von der Schnur bitterer Notwendigkeit gehalten, ein bunter Drachen der Liebe in die Lüfte.

Herr Mehnert und Frau Hecht, Tod und Hunger mußten kommen, um dieses Paar zu einen, Herr Mehnert und Frau Hecht heirateten im nächsten Frühling. Der Bruder von Katalie kam mit Herrn Scholz zur Hochzeit. Sie hatten sich nach dem peinlichen Zwischenfall angefreundet. Der Bruder behauptete beim Kaffee, Herrn Mehnert schon einmal gesehen zu haben, wo, könne er allerdings leider nicht mehr sagen. Auch der junge Ehemann konnte es allerdings leider nicht sagen. Herr Scholz bekam einen neuen Auftrag für seine Lebensversicherung. Herr Mehnert löste seine Verbindungen zu den Friedhofsbeamten. Selnom bester Freund aber, der ihm eine Bleibe gegeben hatte, vermachte er den Tipp mit den offenen Gräbern und Tafeln. Und als der arbeitslos wurde, füllte er den früheren Platz von Otto Mehnert erfolgreich aus.

Kanfen (entzückt): Dann gründen wir eine Kolonie und leben mit den Eskimos!

Kresting: Sie sind ein unverbesserlicher Träumer, Kanfen... ich muß auf die Tonne.

(Lied der Seeleute):

Und wer zuerst zum Tange schritt,
das war die Jungfer Kanfen,
tralala...

Kanfen: Nun, Dlaf, sind Sie mir noch böse, daß ich Ihnen den Bären vor der Nase weggeschossen habe?

Dlaf: Hübsch war das gerade nicht von Ihnen, Herr Kanfen.

Kanfen: Wollen wir's im ehrlichen Kampfe austragen? Am Juchshafen werfen, Dlaf?

Balkong und Hans: Los, wir sind Schiedsrichter.

Dlaf: Mir soll's recht sein, aber sanft gehe ich nicht mit ihm um.

Hans: Auf den Rücken legen, Arme verhaft, los!

(Beräusch der Kämpfenden.)

Hans: Gib's ihm, Dlaf; denk an den Bären.

Balkong: Kanfen, nur Mut, mach Schlamm aus ihm!

Hans: Hoppla, Dlaf löst los. Kanfen hat gewonnen.

Kanfen (lachend): Wer will noch, heran?

Hans: Großartig! Ein Nordstern dieser Kanfen, der kann alles!

Ruf von der Tonne: Robbe! Boote herunter! Alle Mann auf die Boote!

(Große Erregung.)

Alle durcheinander: Endlich kommen wir zum Fang... wo sind die Flensmesser?... Boote herunter! Ich will in Kanfens Boot! Ich auch!

Kanfen (mit klarer befehlender Stimme): Dlaf, Hans, Balkong, in mein Boot. Wir rudern nicht zurück, ehe es nicht voll ist. Vorwärts!

Matrosen (singen das Lied, das allmählich verhallt):

Und wer zuerst im Tange schritt,
das war die Jungfer Kanfen,
tralala...

Dr. Kurt Hoerike: Vom Igel

Das erste Tier, das ich mir als Knabe zum Gefährten einführte, war ein munterer Igel, der dann wochenlang mein Zimmergenosse war und mir in vieler Beziehung Unterhaltung und Zerstreuung gewährte bis ich ihn schließlich der „Schmuherei“ wegen dem Zoologischen Garten zum Geschenk machen mußte, wofür dieser mir wenigstens freien Eintritt gestattete. Die Hauptnahrung des Igel war sehr wohl wendendes Igelbrot in Mäusen und Ruchenschaben, von denen es in unserer damaligen Wohnung nachherade genug gab, aber der fleißige Stadtelträger räumte gehörig mit ihnen auf, erwies sich also als sehr nützlich, obwohl sein nächstliches Vespertier uns oft im Schlafe störte.

Gefährten haben allerdings die Erfahrung gemacht, daß der Igel bei Gelegenheit sich auch an Hühnerküken vergreift, daß er also auf dem Geflügelhofe nicht gut zu dösen ist. Manche Liebelaten, die dem Wiesel oder gar dem Iltis zugehoben werden, dürften auf das Konto des Igel gehören. Auch den freilebenden Erdbrütern gegenüber dürfte er sich manche Untat zuschulden kommen lassen, die aber gegenüber seiner großen Hilfe im Kampfe gegen schädliches Ungeziefer kaum ins Gewicht fallen kann. Wir dürfen auch den Nutzen des Igel nicht unterschätzen, und namentlich im Vernichten zahlloser Schnaden, Kerbtiere und Mäuse leistet er Großartiges. Dazu ist er auch ein fleißiger Schlangenkämpfer, der selbst vor dem Kampf mit der giftigen Kreuzotter nicht zurückschreckt und sich dadurch in schlangenreichen Gegenden hohe Verdienste erwirbt.

Ein Tischler hatte unter dem Holze, das auf seinem ringsum abgeschlossenen Hof lagerte, viele Ratten und Mäuse. Schon verschiedene Mittel waren verlohrt worden, die lästigen Rager zu beseitigen. Fallen und Ragen wurden vergeblich zu Hilfe gerufen. Da brachten die Kinder eines Tages einen Igel heim. Er wurde auf den Hof gesetzt und hatte diesen in kurzem von allem Ungeziefer säubert. Nun stellte man ihm Kartoffeln und Brotstücke hin. Anfangs wagte er nur nachts hervorzukommen und sich zu füttern, bald aber erschien er auch am hellen Tage. Allmählich gewöhnte man ihn, durch die Gasse in die Küche zu kommen und sich hier seine Mahlzeit einzuverleihen. Einmal hatte man nicht an ihn gedacht und das Guckloch war geschlossen worden. Hunger aber macht erfinderisch, unter Umständen sogar gewalttätig. Das Tier hatte versucht, neben dem gewohnten Wege sich einen neuen in die Küche zu graben, aber schließlich war die Mauer für seine Nase zu hart geworden. Dennoch wurde der Zweck erreicht. Durch die Wühlarbeit aufmerksam gemacht, öffneten die Leute gern wieder seinen Sonderingang zum Futternapf.

Die gut beleuchtete Küche

Bis heute hat sich noch kein vollwertiger Ersatz für das Tageslicht gefunden, der im Hause zu Beleuchtungswecken angewendet werden könnte. Wir sind deshalb auf Gas und Elektrizität angewiesen. Das Gas als Beleuchtungsmittel wird allerdings durch die fortschreitende Elektrifizierung immer mehr verdrängt.

Ein Kapitel für sich ist leider die Küchenbeleuchtung. Denn immer noch gibt es Küchen, in denen der Herd so ungünstig steht, daß die Hausfrau das Tageslicht ständig im Rücken hat, oder aber die elektrische Beleuchtung befindet sich nicht über dem Herd, so daß das Licht von vorn kommt, sondern die Deckenlampe ist so angebracht, daß sie Schatten wirft. Die Hausfrau hat also das zweifelhafte Vergnügen, bei der Zubereitung des Abendbrots ständig ihren Schatten an Herd und Wand betrachten zu müssen. Kochtöpfe und Speisen sind in mystisches Dunkel gehüllt, und es ist kein Wunder, wenn Speisen überkochen oder daneben gegossen werden, wenn Gerichte anbrennen oder Zutaten nicht im richtigen Maß gegeben werden.

Jede Hausfrau, die gezwungen ist, im Schatten zu arbeiten, kennt die schädlichen Wirkungen solch mangelhafter Beleuchtung auf das Allgemeinbefinden und besonders auf die Augen. Nur zu oft treten Schwindelgefühl und Uebelkeit auf, und manche Augenkrankung, verbunden mit Kopfschmerzen und Schlafstörungen, verankert ihre Entstehung der mangelhaften Küchenbeleuchtung. Immer wieder müssen die Hausfrauen deshalb fordern, daß beim Bau und der Einrichtung von Wohnungen, nicht zuletzt aber auch bei der Beleuchtungsfrage, der Rat und die Erfahrung tüchtiger Hausfrauen berücksichtigt werden. Auf jeden Fall muß die Küche so gebaut sein, daß das Tageslicht nicht auf den Rücken der am Herde hantierenden Frau fällt. Die Beleuchtung durch Gas oder elektrisches Licht aber muß entweder durch eine über dem Herd angebrachte Lampe geschehen, die man mit bequemem Griff ein- und ausschalten kann, oder aber wenigstens durch einen Beleuchtungskörper, der nicht dauernd den Schatten der Frau auf den Herd wirft, also vorn oder seitlich angebracht ist. Gerade heute, im Zeitalter des Zusammenarbeitens von Hausfrau und Ingenieur, müssen sich die Frauen für dieses Ziel einsetzen, denn es ist von größter Wichtigkeit für den Gesamthaushalt, wie die elektrische Anlage der Wohnung und vor allem die der Küche beschaffen ist.

Auf dem Robbenfänger Wiking 1882

Aus dem Hörspiel „Treibeis, ein Lebensbild von Frithjof Hansen in 12 Stationen“ von Armin C. Wegner und Lola Landau

(Harmonikamusik eines Matrosen und das Geräusch schleifender Messer.)

Dlaf: Da schleifen wir unsere Tangmesser und haben keinen Fang.

Hans: Es kommt Wind, Jungens, wir können Segel setzen und mitten durchs Eis in die Nordbucht halten.

Balkong: Wind! Ueberfahrl dich nicht, Hans, bei der Neugier. Wenn du brüllen würdest, Robbe in Sicht, ja dann würde ich sogar meinen Kautabak in die andere Boche wälzen, aber so...

Hans: So glänzt du im eigenen Speck, wie 'ne Robbenchwarte, Balkong. Wenn ich dich nur nicht mal verwechsle.

Balkong: Hols der Teufel! Bis wir zu den Brutplätzen kommen, sind die Jungen Großväter geworden und auf Banderhoft gegangen. Richt wahr, Steuermann?

Steuermann: Das kommt davon, wenn die Tonne an einem Sonntag geht. So ein Unverstand! Mit dieser Tonne werden wir niemals Glück haben.

Dlaf: Und besonders wenn in der Tonne eine Landratte Kusgud hält.

Hans: Meinst du damit unseren jungen Passagier, den Kanfen?

Dlaf: Ja, den meine ich, das Grünhorn. Sitzt neulich oben in der Tonne und frisst so vertieft an seiner Karte herum, daß er nicht mal sieht, daß ein Bär vor dem Bug sitzt.

Hans: Aber dann war er auch unten wie der Wili. Mut hat er und ein guter Jäger ist er auch.

Dlaf: Meinetwegen, aber über die große Wasserwaage sprang er nicht rüber, sondern waiete durch wie 'ne lahme Ente. Hast ihr sowas je gesehen!

Hans: Davon schweig lieber, Dlaf, er war flinker als du. Denn als du nachsprangst, fliest du ins Wasser.

Balkong: Wie 'ne tote Klappmütze. (Gelächter.)

Hans: Und den Bären hat er geschossen, nicht du.

Dlaf: Meinetwegen, aber 'n komischer Kerl ist er doch, so ein Studierter. In den Eingeweiden von Wägen und Robben wühlt er herum, daß einem Übel wird... und neulich, denkt euch, da hat er Schlamm, richtigen Dreck auf dem Eise gefunden, und den schleppi er in seine Kabine als wenn's ein Schatz wär.

Hans und Balkong: Schlamm? Drecksigen Schlamm? Hast du ihn gefragt, was er damit wollte?

Dlaf: Nein, wozu auch...

Kapitän Kresting (von der Brücke kommandierend): Alle Segel auf! Marssegel setzen! 20 Mann für die Marssegel! Holt auf! Kurs hart Südwest! (Man hört das Trampeln der Schritte.)

Stimmen der Matrosen (durcheinander): Rühr dich, Balkong, dein Bauch ist im Wege. Halt die Lauge fest!

Steuermann: Das wird niemals ein Fang, wenn die Tonne am Sonntag geht. Ist.

Stimmen der Matrosen: Holt auf!

Hans: Ein Lied dazu, dann geht es besser im Takt.

Matrosen (singen und stampfen im Rhythmus des Taktes):

Und wer zuerst im Tange schritt,
das war die Jungfer Kanfen,
tralala, tralala, tralala — ahoi!

(Parodierend):

Und wer zuerst sich übergab,
das war der Junger Kanfen,
tralala, tralala — ahoi!

(Gelächter.)

Balkong: Jungfer Kanfen heißt es, es ist doch keine Jungfernsahrt im Eismeer. (Gelächter.)

Hans: Sagt mal, was will er denn eigentlich einmal werden?

Dlaf: Ich habe den Kapitän neulich gefragt, und da hat er gesagt, der Kanfen will Naturforscher werden.

Hans: Da hättest du doch gleich fragen sollen, was er mit dem Schlamm wollte... Still, psi! Da geht Kanfen mit dem Kapitän. Die stecken immer zusammen.

Kanfen: Glauben Sie nicht, Kresting, daß auch die Robben eine Schonzeit haben sollten?

Kresting: Aber, lieber Kanfen, wie können Sie nur so fragen. Die Robben liegen wie die Kaffeebohnen über das Eis verstreut. Nein, lieber Freund, unser Herrgott hat die Robben geschaffen, damit wir sie erbeuten sollen, und er wird schon dafür sorgen, daß sie nicht alle werden.

Kanfen: Und daß die Raubgier des Menschen immer eine gute Ausrede findet, Kresting... Aber heute habe ich eine unblutige Beute gemacht. Sehen Sie nur, was ich auf dem Eise gefunden habe.

Kresting: Ein Stück Treibholz? ... Und das ist alles?

Kanfen (voll jugendlichem Eifer): Ich habe es genau untersucht, offenbar eine Kiefernart. Wo kommt dieses Holz her? Zuerst dachte ich, der Gießstrom hätte es aus Amerika angeschwemmt, aber jetzt glaube ich beinahe, daß das Holz mit dem Eise aus Sibirien hergetrieben ist... ist das nicht eine aufregende Entdeckung?

Kresting (spöttisch): Ich kann das nicht so aufregend finden.

Kanfen: Nun lachen Sie mich wieder aus, Kresting. Das bedeutet doch vielleicht, daß es einen Strom im Treibeis gibt, der von Sibirien über den ganzen Nordpol führt.

Kresting: Mein lieber junger Freund, mich geht nur ein Strom an, das Strömen der Robben. Für solche Phantasereien haben wir Seeleute keine Zeit.

Kanfen: Phantasieren? Aber das sind doch keine Phantasereien, Kresting!

Kresting: Und wenn wir nun vor Grönland im Eise festfahren, was hilft uns dann Ihr Treibholz?

Energische Durchführung des Notopfers

Wohnungsbau erdroffelt.

Auswirkungen der Notverordnung. — Herunter mit allen Mieten.

In der „Wohnungs-Wirtschaft“, dem Fachorgan der Demog, finden wir in Heft 20 eine eingehende Darstellung der finanziellen Auswirkungen der letzten Notverordnung auf den Wohnungsbau. Eine Bilanz der Notverordnungen vom 1. Dezember 1930, 5. Juni und 6. Oktober 1931 zeigt, daß der Wohnungsbau verloren hat bzw. verlieren wird: Im Verkauf der beiden Rechnungsjahre 1930/31 und 1931/32 400 bis 495 Millionen Mark. Da 1929/30 noch 850 Millionen verfügbar waren, bedeutet dieser Betrag eine Einbuße um nicht weniger als 47 bis 48 Proz. Der Hausbesitz vermindert sich um 530 bis 625 Millionen Mark mehr. Diese Zahlen bedeuten in diesem Rechnungsjahr: 770 bis 1200 Millionen Mark Umsatzausfall für das Baugewerbe und damit 80 bis 130 Millionen Mark Steuerausfall.

Hinter diesen Zahlen steht das graue Elend, Hunger und Not von einer Viertelmillion Menschen, die dauerarbeitslos werden, Rot und Krankheit von Millionen, die in Miethäusern vorzeitig sterben. Hinter diesen Zahlen steht ein gut Teil der deutschen Wirtschaftskrise.

Die gleiche Nummer der „Wohnungs-Wirtschaft“ bringt in ihrem baugenossenschaftlichen Nachrichtenteil äußerst aufschlußreiche Zahlen über das Mißverhältnis von Arbeitnehmerentlohnungen und Rebaumieten. Die Dentschrift einer gemeinsamen Baugenossenschaft, deren Mitglieder zu 62 Proz. aus Arbeitern, 20 Proz. aus Angestellten und 18 Proz. aus Beamten bestehen, beweist die Notwendigkeit der Senkung der Rebaumieten aus der Tatsache, daß bei der Gesellschaft über 22 Proz. der Mieter ein Viertel bis ein Drittel des Einkommens, über 10 Proz. mehr als die Hälfte für Miete ausgeben müssen. Vom Reichsarbeitsministerium werden Hilfsmassnahmen gefordert, durch Verschärfung der Mietbeschränkung und Tilgung der Hauszinssteuerhypothek, durch Erhaltung der Hauszinssteuerermittel für die Bau- und Wohnungswirtschaft, durch Kündigungsschutz usw. den Mietern und damit den notleidenden Baugenossenschaften zu helfen.

Berlin versucht anzukurbeln.

Am ersten Stelle behandelte der Haushaltsausschuß der Stadtverordneten gestern die Dringlichkeitsvorlage des Magistrats, die eine Bürgerschaftsübernahme von 15 Millionen Mark durch die Stadt vorsieht, um Bauhypotheken zur Anfertigung der Wohnungswirtschaft zu sichern. Zunächst war diese Bürgerschaftsübernahme nur indirekt gedacht, indem die Stadt dem Reich gegenüber die Bürgerschaftsverpflichtung eingehen sollte. Dann aber zeigte es sich bei den Verhandlungen über diese Baurechte, daß das Reich sich plötzlich überraschend als desinteressiert erklärte und eine Herinnahme dieser Bauhypotheken für die Stadt nur durch die Uebernahme einer selbstschuldnerischen Bürgerschaft den Hypothekensbanken gegenüber möglich war. Diesen Weg schlägt der Magistrat jetzt vor. An den Beratungen beteiligten sich der Magistratsbezirksrat Stadtrat Genosse Czerninski und Stadtkämmerer Genosse Uch, die bei verschiedenen Einwänden die finanzielle Wirkung der städtischen Bürgerschaftsübernahme erläuterten. Nach einer sehr langen Aussprache wurde schließlich die Magistratsvorlage angenommen.

Neues Haus der Kinder.

Kinderfürsorge auch in schwerster Zeit.

In Lichtenberg konnte ein neues Kinderhaus für Heim- und Hortkinder seiner Bestimmung übergeben werden. Nach kurzer Begrüßungsansprache durch den sozialdemokratischen Bürgermeister Dr. Siggel gab Stadtrat Genosse Thurm einen Ueberblick über die Einrichtungen des neuen Hauses. Ein Rundgang durch das Gebäude schloß sich seinen Ausführungen an.

Der Plan zur Errichtung dieses neuen Hauses liegt schon seit dem Jahre 1929 juristisch. Damals ging die Gemeinnützige Bau-Gesellschaft Berlin-Ost daran, an der Hauptstraße große Wohnblöcke zu errichten. Das Jugendamt trat mit der Gesellschaft in Verbindung mit der Absicht, gleichzeitig ein Kindertagesheim und ein Jugendheim mit bereitzustellen. Die Verhandlungen kamen auch zu einem günstigen Abschluß, doch mußte später aus Erparnisrücksichten das Projekt noch eine wesentliche Vereinfachung erfahren. Auf die Errichtung eines Jugendheims mußte gänzlich verzichtet werden.

Im Erdgeschoß liegen die Wirtschaftsküche, die Heizungs- und Warmwasserbereitungsanlage, eine Badeeinrichtung, ein Speiseraum für die allgemeine Mittagsverpflegung der Schulkinder sowie ein Hallerraum. Das erste Geschloß enthält für die Gartenkinder 3 Aufenthaltsräume, die Klosett- und Waschräume und ein Personalzimmer. Im zweiten Geschloß befinden sich für die Hortkinder 2 Aufenthaltsräume, ein Arbeitszimmer, die Klosett- und Waschräume und ein Personalzimmer. Sämtliche Räume haben Zentralheizung und ein großer Teil auch Kalt- und Warmwasseranschluß. Bei der Errichtung des Hauses ist darauf Bedacht genommen worden, daß die im 2. Geschloß liegenden Räume jederzeit als Jugendheim Verwendung finden können. Das Kinderhaus bietet Raum für 45 nicht-schulpflichtige Kinder und für 45 schulpflichtige Kinder. Der Erziehungs- und Verpflegungssatz ist äußerst gering. Er beträgt wöchentlich 70 Pfennig bis 3,50 Mark, je nach der wirtschaftlichen Lage der Eltern. Wo notwendig, werden Freistellen gewährt.

Mit der Errichtung dieses Kinderhauses besitzt der Verwaltungsbezirk Lichtenberg 7 Kindertagesheime, 1 Tagesrippe und 2 Tag- und Nachtheime, in denen insgesamt 670 Kinder Betreuung finden. Wie alle Tagesheime, ist das neue Heim werktäglich von 7 bis 18 Uhr geöffnet.

Die Pariser Stadträte bei Sebring.

Der französische Innenminister Sebring empfing am Dienstag den Präsidenten der Pariser Stadtverwaltung, Saurat, sowie dessen Begleitung. Bei diesem Empfange waren u. a. zugegen der französische Botschafter in Berlin, Francois-Poncelet, Oberbürgermeister Dr. Sehm mit anderen leitenden Herren der Berliner Stadtverwaltung, der Stadtverordnetenvorsteher Haß, Vertreter des Auswärtigen Amtes, der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Dr. Meier, der Polizeipräsident von Berlin, Orzeszinski, und der Präsident des Städtelages, Dr. Mulert.

Brandt-Schulstift. Der Trübsalstift in der 15. und 16. Gemeindegasse in Neutölln, Leistungsträger 30/35, sowie in der Rütlistraße, ebenfalls in Neutölln, ist seit gestern besetzt.

ist zur Linderung der größten Not der Erwerbslosen dringend erforderlich. — Darum kaufe jeder unsere Sammelmarken schnell und in möglicher Höhe. — Wem keine Marken angeboten werden, der sende seinen Betrag auf das Postscheckkonto Berlin, Nr. 48743, an Alex Pagels, Berlin SW68, Lindenstraße 3.

Blütenpracht in Sanssouci.

Im stillen Part von Sanssouci gebietet der Herbst. Mit grobem Küttelefen legt er das weisse Laub von den Bäumen und Sträuchern und treibt es im tollen Wirbelwind vor sich her; in Melancholie neigen die Weiden ihre Häupter und in den Wasserbecken haben diese müde Blätter einen frühen Tod gefunden. Und unaufhörlich rieselt vom undurchsichtig-grauen Himmel ein feiner Regen...

Aber inmitten dieser schwermütigen Sinfonie des Verfalls und Vergehens schlägt ein kräftiger, lebensvoller Akkord an. In den Gewächshäusern von Sanssouci keimt, knospet und blüht es an allen Ecken und Enden; ein schöner Gang führt durch all diese farbenfrohe Blütenpracht, zu beiden Seiten neigen sich blüten-schwere Blumenköpfe, mannshohe Farnen und Palmblätter dehnen und strecken ihre satgrünen Blätter, hier ist's Hochsommer, schwelende Mittagsruhe, ein Wohl, farben- und krautstrotzenden Entlastens. Ein Riesenbain hochgestellter, buntfarbiger Crisanthemem feiert das Auge; gelockte und ballartige, überdimensionale Blütentöpfe stehen da dicht bei dicht. Viele und prächtig gezogene Cyclamen gibt es zu sehen, in allen möglichen Farbhatterungen, vom schneeweißen Weiß, über die rosageaderte Pflanze zum violett-schwarzen Violett.

Dann kommt man in die geheimnisvoll-schöne Märchenwelt der pflanzlichen Exoten, zu den Orchideen. Eine drückende Schwüle, eine eigenartig-seudte Wärme, durchsetzt von allerhand Gerüchen, erfüllt den Raum, in dem all diese unwirklich schön geformten und gefärbten Blütengestalten leben. Der Orchideenhain zählt gegen 4000 Exemplare in mehr als 300 verschiedenen Sorten.

Die Gewächshäuser sind vom 21. Oktober bis 3. November täglich von 10 bis 16 Uhr geöffnet; Eintritt für Erwachsene 50 Pf., Kinder 25 Pf. Der Rot der Zeit entsprechend, müssen die anderen städtischen Gewächshäuser geschlossen werden und der Pflanzungs-betrieb konzentriert sich nunmehr nur auf das Terrassengelände von Sanssouci.

Zuckerbläser, Kakaomaler und Schokoladenschnitzer.

In der Sambrechtischen Konditorenschule in Wolfenbüttel geht man neue, allernueste Wege; es ward ausgeräumt mit rosa geschnittenen Glüschweinechen, mit Traganthstaud und artigen Blumenkörbchen. Großschlächig, klarlinig ersehen Bauten aus Zucker-guß, Krokant, Waffelmasse und Marzipan. Dies alles stellt naturgemäß keine Tischdecoration für den Hausgebrauch dar, sondern die Schüler wollen zeigen, daß auch ihre Phantasie Schwung und

Entfaltungsmöglichkeit hat; praktisch gewertet, dienen all diese kunstvollen Dinge als wirkungsvolle Schaufensterdekoration.

Die Berliner Konditorenfachschule zeigt auf der Konditorien-messe, die jetzt wieder im Zoo eröffnet wurde, ebenfalls sehr hübsche, kunst- und geschmackvolle Schülerarbeiten. Aus flüssiger Kakaomasse ersehen holländische Szenenbilder, Landschaften und Genrebilder; die Pastillarbeiten, die Vorzüge der künstlerischen Technik, zeigt hübsche Blumengruppen, Porträts, städtebildliche Dekorationen in ganz feiner, nadelstichtartiger Ausführung für Torten. Viel Geschick, Geschmack und Mühe offenbart sich in all den verschiedenartigen Dekorationsversuchen des handwerklichen Nachschüßes. Die Bäder stehen mehr auf dem Boden der Wirklichkeit. Es ist für den Laien ein Umling, all die vielen Arten des Bodens zu erfassen, die Materialverwendung und Mischung, die lange oder kurze, die sorgfältig oder schnelle Vorprozedur. Die Fachmesse bringt außerdem eine reichhaltige Schau familiärer Bedarfsartikel für Bad-stube und Laden. Die Berliner Konditorienmesse, die in sämtlichen Ausstellungsräumen des Zoo stattfindet, bleibt bis zum Freitag geöffnet.

Disziplinarverfahren gegen Stadtmagistrat Schöttler.

Auf Grund eines dem Oberbürgermeister über die Auslagen des Stadtmagistrats Schöttler im Klaret-Prozess erstatteten Berichtes hat der Oberbürgermeister angeordnet, daß gegen Stadtmagistrat Schöttler eine disziplinare Untersuchung eingeleitet wird, und ihm vorläufig die Amtsvollziehungen unterfagt werden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S 14, Seebühlstr. 37-38, Hof 2, 2. Etage. Saunabend, die heutige (21.) Jugendbühnenfeierung führt aus. — Mittwoch, 21. Oktober, Friedrichshagen, Kameradschaft Berlin. 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Kollube, Kollube Str. 10. Sonntag, neues Hotel Wedding (Ostseebad): 18 Uhr Versammlung aller erwerbslosen Kameraden in der Geschäftsstelle, Restaurant Seebäder, Seebad Str. 6. — Donnerstag, 22. Oktober, Friedrichshagen (Ostseebad): 20 Uhr Antritt der griechen Schule (Gini), Turnhalle Diefelmeierstr. 5-6.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin.

Geschäftsstelle: P. Schneider, Berlin NO. 55, Hufelandstr. 31. Sächsischer Harmonie, Charlottenburg, Donnerstag, 22. Oktober, 19 Uhr, Mitwirkung bei der Volksfürsorge in Ahrens Schützen, Berliner Str. 88. Erscheinen ist Pflicht. — Dienstag der weiblichen Schützen, Danziger Straße, Sonnabend, 24. Oktober, 19 Uhr, im Sängerkreis, Lohsestr. 5. Generalliedertagung. U. a. spricht Genosse Kirch vom Bundesvorstand über „Ziele und Aufgaben des DSA“.

Reichsbund der Kriegesbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Gau Berlin, Ortsgruppe Norden 14, Donnerstag, 22. Oktober, 19 Uhr, Gahrn-Gebäude, Pappelallee 15. Mitgliederversammlung, Referent Kamerad Hillt. Thema: „Streiklichter durch die Anwaltschaft und Angefallenenversicherung“.

Sozialistischer Epikureer-Bund, Gruppe Reinickendorf-Ost leben Donnerstag, 20-22 Uhr im Jugendheim Hindenburg Straße. Gruppe Zentrum leben Freitag, 20-22 Uhr im Reichsbanner-Vereinshaus, Köpcke Str. 15. Sonntag, 23. Oktober, Wanderung durch den Kränzer. Treffpunkt 5 1/2 Uhr Bahnhof Ostankow.

Kameradschaft der Schleswig-Holsteiner, Donnerstag, 22. Oktober, 19 Uhr, im Traberhof Garten, Dresdenstr. 45, Generalliedertagung. Geschäftliche Mitteilungen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeigen
Der Mitglieder zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher
Karl Neuer
geboren 27. Oktober 1893, am 18. Oktober gestorben ist.
Die Einäscherung findet Donnerstag, den 22. Oktober, mittags 12 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerickestraße, statt.
Am 18. Oktober nach unser Kollege, der Dreher
Julius Leiser
geboren am 10. August 1885.
Die Einäscherung findet Donnerstag, den 22. Oktober, nachm. 3 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerickestraße, statt.
Ohre Ihrem Andenken!
Rege Beteiligung wird erbetet.
Die Ortsverwaltung

MOBELFABRIK-PROPELLERWERK
HEINE
SCHLAFZIMMER
direkt ab
Fabrik
Engrospreise
BERLIN O 34

Die Gemeinwirtschaft
11 Uhg. In jedem Heft: Aktuelle Artikel, Umschau, Berichte, Besprechungen. Vierteljährlich 3.- M.
Drei-Kreis-Verlag, Bad Dürrenberg

Der gute Kapitän-Kaufabak ist in den meisten Zigarrenläden erhältlich.
C. Böcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Königs 1, 3001

Original - Beloma
Patentmatratzen / Ruhobetten mit Beloma-Federung
Faltend-Drehbett (D.R.P.) ein Griff - ein Bett, sowie das neue Vollbett mit Beloma-Federung sind vollkommen geräuschlos! - Kein Einlagern. Für schwerste Belastung. Ueberall erhältlich. 20 Jahre Garantie.
Carl-Federmatratzen-Fabrik, Köpenicker-Str. 21

*„Denn nicht -
manin nicht, Mühsal!“*



Kinder wollen Kinder sein, und so ein kleines Malheur wird immer einmal passieren.

Wie klein es in Wirklichkeit ist, das werden Sie erst verstehen, wenn Sie sehen, für wie lächerlich

wenig Geld

Sie bei uns gute, schöne Kinderkleidung bekommen können.

Machen Sie einen Versuch -

MITTWOCH IST KINDERTAG

GEHEN SIE ZU

C & A
BRENNINKMEYER

Oranienstr. 40
Am Oranienplatz

Chausseestr. 113 Königstraße 33
Beim Stations-Schnelzug Am Bahnhof Alexanderplatz

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Opposition bei den Neuwahlen eine Lage schaffen müsse, die sie vom Zentrum unabhängig macht.

Abg. Dr. Boelch (D. Sp.) verlangt nach einmal Nachprüfung und Aenderung der preussischen Ratsordnung. Einen dahingehenden Antrag müsste der Landtag mit Mehrheit annehmen. Die Ratsordnung zeige schulpolitisch auch nach den Auffassungen des Zentrumredners eine nicht zu verkennende sozialistische Tendenz. Die Angaben des Kultusministers über die Zahl der abgebauten Studienassessoren seien nicht zutreffend. Seine Fraktion werde der Aufforderung des Ministers nachkommen und im Ausschuss bessere Vorschläge machen.

Abg. Grefler (St.-B.) erklärt, daß die Fürstenabfindung der heutigen Lage des Staates entsprechend neu geregelt werden müsse. Er hoffe, daß sich dafür eine Mehrheit von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken finden wird. Damit schließt die Aussprache.

Die Abstimmungen finden nicht wie vorgesehen am Mittwoch, sondern erst am Donnerstag, 14½ Uhr, statt.

Es folgt die Beratung des kommunistischen Antrags auf Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung der

Verhältnisse in den Fürsorgeanstalten.

Abg. Schulz-Neudölln (Komm.) begründet den Antrag mit der Schilderung der Zustände in den Anstalten Scheuen und Ricklingen. Das Wohlfahrtsministerium spreche wahrheitswidrig von Einzelfällen. Die sozialdemokratische Stadträtin Bepf sei durch Vertuschung der Zustände in Scheuen mitschuldig.

Abg. Frau Wesel (S.) erklärt, daß der Vorredner verallgemeinert habe. Auch das Zentrum habe Wünsche nach Reformen. Aber die kommunistische Verheugung in den Anstalten mache oft die mühseligste Erziehungsarbeit zunichte. Fürsorgeerziehung habe mit Politik nichts zu tun. Der Fall Scheuen beweise, daß Auswahl und Ausbildung der Erzieher das wichtigste ist. Den Kommunisten sei es nicht um Besserung der Verhältnisse in den Anstalten zu tun, sie wollten nur politisches Kapital aus den Missetäten schlagen. (Großer Lärm bei den Kommunisten. Rufe: Gemeinheit! Unverschämtheit! Jesuitin! Abg. Kasper wird zweimal zur Ordnung gerufen.)

Abg. Frau Wachenheim (Soz.):

Wir stellen fest, daß in allen von den Kommunisten vorgebrachten Fällen entweder gerichtliche Verfahren abgeschlossen sind, in denen die Schuldigen bereits abgeurteilt sind, oder daß andere Verfahren noch schweben. Die sozialdemokratische Fraktion hat keine Ursache, der Einsetzung eines Ausschusses zuzustimmen, der nur untersucht, was von anderen Instanzen bereits festgestellt wurde. Sie hat sich immer für die Aufklärung und Abstellung von Missetäten eingesetzt und nur auf ihre Initiative hin konnte der Fall Ricklingen vor dem Parlament aufgestellt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Im Fall Scheuen, der von allen Sozialdemokraten bedauert wird, sind nach den gerichtlichen Feststellungen von den zuständigen Organen längst die erforderlichen Konsequenzen gezogen worden. Die sozialdemokratische Fraktion wendet sich nicht gegen die politische Aufklärung schlechthin oder gegen die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, sie wendet sich aber gegen die

Systematische Aufhebung der Fürsorgeerziehung durch kommunistische Zellen

zu Gewalttaten gegen die Anstaltsleitungen, die immer mit Tragödien für die Zöglinge enden muß. Nicht mit Untersuchungsausschüssen ist da etwas zu erreichen, sondern nur durch Reformen, für die die Sozialdemokraten kämpfen, und zwar mit dem Erfolg, daß der Wohlfahrtsminister die bessere Zukunft der Anstalten durch die Fürsorgeerziehungsbehörden sowie die Einschränkung der Arbeitszeit, Aufhebung des Schweigebotes, des Dunkelarrestes und des Raubherrsens angeordnet hat. Außerdem steht die Zusammenarbeit zwischen Fürsorgeerziehungsbehörden und Jugendämtern und bessere Regelung der Erzieherausbildung bevor.

Die Hauptmängel der Fürsorgeerziehung liegen im Reichsrecht, das die Jugendwohlfahrtspflege auseinanderreiht, die schwer Erziehbaren zusammenbringt und damit ihre Erziehung noch weiter erschwert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Wohlfahrtsminister hat beim Reichsminister des Innern die Herabsetzung der Lebensaltersgrenze der zu Erziehenden durch Notverordnung beantragt. Ganz abgesehen von den Zweifeln in die verfassungsmäßige Berechtigung eines solchen Vorgehens muß ich feststellen, daß eine Herabsetzung des Alters in der Fürsorgeerziehung nur dann möglich ist, wenn für einen Ersatz der jugendlichen Maßnahmen gesorgt ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Fraktion wird sich von dem kommunistischen Vorgehen fernhalten, dafür aber mit aller Energie für die Modernisierung der Fürsorgeerziehung weiterkämpfen. (Vehementer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag der Kommunisten wird abgelehnt. Hierauf bringt Abg. Otter-Bochum (Soz.) eine

große Anfrage über das Grubenunglück auf Jede Mont Cenis

ein. In der Anfrage kommt zum Ausdruck, daß auf der Unfallsstelle ein solches Antreibersystem herrscht, daß die Bergarbeiter die nötigen Sicherheitsmaßnahmen nicht haben durchführen können. (Hört! hört! links.) Auf der anderen Seite habe aber die Direktion dieses Bergwerks Gelder in erheblichem Umfang für den Stahlhelm übriggelassen. (Vehementer hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Abg. Otter beantragt, die große Anfrage sofort auf die Tagesordnung zu setzen und ohne Aussprache dem Ausschuss zu überweisen.

Abg. Bora (Dnat.) bezeichnet die große Anfrage der Sozialdemokraten unter großer Unruhe der Linken als eine Unverschämtheit.

Abg. Schwenk (Komm.) widerspricht der Ausschussberatung. Der Ausschussrat habe beschlossen, alle Anträge und Anfragen über das Grubenunglück am Mittwoch bei der Frage der Grubensicherheit mit zu behandeln.

Das Haus beschließt, die sozialdemokratische große Anfrage am Mittwoch mit zu behandeln.

Nächste Sitzung Mittwoch, 12 Uhr. Tagesordnung: Anträge und Anfragen über das Grubenunglück.

Optimismus in Genf.

Japan mit Zuziehung Amerikas einverstanden.

Genf, 20. Oktober. (Eigenbericht.)

Die optimistische Beurteilung der Ratsmitglieder hat sich noch verstärkt, da die günstigen Wendungen in der Haltung Japans in der Wandschüre bestätigt wurden.

Das japanische Außenministerium gibt offiziell bekannt, Verhandlungen zwischen dem japanischen Botschafter in Washington und Staatssekretär Stimson hätten alle Mißverständnisse über die Berufung des Gesandten Gilbert in den Völkerbundrat aufgeklärt. Japan hat sich mit dieser offiziellen Verlautbarung mit der Berufung Gilberts einverstanden erklärt.

Das Washingtoner Staatsdepartement hat an die Regierungen von Japan und China gleichlautende Noten übersandt, in denen auf die Verpflichtungen des Kelloggpaties hingewiesen wird.

„Die schalkhafte Witwe“.

Linden-Oper.

Eine komische Oper von Wolf Ferrari, deren matter vorgetragener Lust, der ein über die Massen langweiliges Libretto zugrunde liegt, alle handwerkliche Meisterschaft des Komponisten nicht viel hilft. Die Aufführung, die Leo Blech leitete, war ausgezeichnet. A. B.

Meistersinger, Akt III



Drewitz: „Am Himmels willen, was geht da vor? Bäcker, Schneider, Schreiner — alle Zünfte prügeln sich, ein Meister verdrischt den andern! — Das ist ja genau wie in der Wirtschaftspartei!“

Moratorium für Moskau?

Gerüchte über russische Zahlungsschwierigkeiten.

In der nordischen Presse haben in den letzten Tagen Gerüchte über eine bevorstehende Zahlungseinstellung Rußlands zirkuliert. Die Berliner „Germania“ will wissen, daß diese Gerüchte auf einer sehr ersten Grundlage beruhen. Nach dem genannten Blatt handelt es sich um eine akute Finanzkrise von bisher nicht dagewesener Schwere, die sehr leicht zur Zahlungseinstellung führen kann. An deutsche Firmen sind in der nächsten Zeit etwa 500 Millionen Mark zu zahlen, an amerikanische etwa 250 Millionen. Die dazu nötigen Devisen sind nicht vorhanden, da im dritten Jahr des Fünfjahresplans der Devisenbedarf ungeheuer gestiegen ist, andererseits durch das Sinken der Preise für den Export die Devisenschaffung erschwert ist. Die mit diktatorischen Vollmachten betrauten Kommissare Rikojan und Rosenholz haben den Handelsvertretungen aufgetragen, ein bestimmtes Kontingent von ausländischen Zahlungsmitteln auszubringen, soweit ihnen das aber nicht gelinge, für die Fehlbeträge Schuldenprolongation bei den Gläubigern zu erzielen. So werde es schließlich von der Prolongationsbereitschaft der Gläubiger abhängen, ob sich aus der gegenwärtigen Zahlungssituation eine Zahlungseinstellung entwickle.

Die „Germania“ sieht als Folge einer solchen Zahlungseinstellung den Zusammenbruch des ganzen kommunistischen Wirtschaftssystems voraus. Diese Voraussicht braucht sich jedoch keineswegs zu erfüllen, da Rußland schon wiederholt gezeigt hat, daß es, sei es auch unter allerhöchsten Opfern für die Massen des Volkes, zu einer Art „nationaler Autarkie“ fähig ist. Der Fünfjahresplan würde sich allerdings nicht ausführen lassen, wenn Rußland seinen Kredit einbüßte und aus dem Ausland nichts mehr geliefert erhalte; dem Rußland ist zur Ausführung des Fünfjahresplans noch sehr stark auf Auslandslieferungen angewiesen. Ein Scheitern des Fünfjahresplans könnte kaum ohne politische Folgen bleiben. Ob aber diese wirklich bis zum Zusammenbruch des kommunistischen Wirtschaftssystems führen müßten, steht noch dahin.

Zu dem Artikel der „Germania“ wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die Nachrichten über Prolongationen von Rußland-Wechseln jeder Grundlage entbehren. Bisher sei kein einziger Fall bekannt geworden, in dem eine derartige Prolongation beantragt worden sei. Die Zahlungen, die Sowjetrußland in den nächsten Monaten in Deutschland zu leisten habe, seien so gering, daß sie nicht zu einer Zahlungseinstellung führen könnten. Größere Beträge würden erst ab April nächsten Jahres fällig. Richtig sei hingegen, was ja auch bekannt sei, daß Rußland mengenmäßig seine Ausfuhr infolge des Absinkens der Preise steigern müsse und daß dies bisher noch nicht im vollen Umfang geglättet sei.

Weiter wird darauf hingewiesen, daß auch die Verhandlungen, die in der letzten Zeit zwischen dem Berliner Auswärtigen Amt und der Sowjetbotschaft geführt worden seien, keinen Anlaß zu diesen Gerüchten gegeben haben könnten. In diesen Verhandlungen sei russischerseits dem verständlichen Wunsch Ausdruck gegeben worden, die im letzten Jahre wertmäßig zurückgegangene Sowjetausfuhr nach Deutschland wieder zu erhöhen, um durch eine Steigerung der Menge den Ausgleich im deutsch-russischen Warenverkehr herbeizuführen. Weiter hätten die Russen in den Verhandlungen bestimmte Wünsche bezüglich der deutschen landwirtschaftlichen Zollgesetzgebung geäußert, wie sie auch von anderen Staaten geäußert worden seien. Diese Verhandlungen könnten zu den Gerüchten keinerlei Anlaß geben. Welchen Zweck der Artikel in der „Germania“ verfolge, sei völlig unermittelt.

Aus Kreisen des Rußlandhandels wird gleichfalls bestätigt, daß die Behauptungen des „Germania“-Artikels die Dinge zum größten Teil unrichtig darstellten. Der Betrag, der in diesem Jahre abzudecken sei, reiche nicht im entferntesten an die Summe von 500 Millionen heran. Die ab April nächsten Jahres fälligen Beträge bei deutschen Firmen beliefen sich auf etwa 400 Millionen Mark. Mit Prolongationswünschen sei bisher an keine deutsche Firma herangetreten worden.

Sowjetboykott gegen Amerika?

Zu der Verschlechterung der amerikanisch-sowjetischen Handelsbeziehungen stelle eine offizielle Sowjetradioendung fest, daß die Sowjetunion noch immer sehr die Handelsbeziehungen mit Amerika brauche. Leider hätten verschiedene Industriezweige in der Sowjetunion völlig verlagert, so daß größere Maschinenbestellungen nach

Amerika hätten gerichtet werden müssen. In der letzten Zeit aber waren durch die Bremsarbeit amerikanischer Banken die Sowjetkredite immer schwerer zustande gekommen, so mußten z. B. einige große Bestellungen in der letzten Woche liquidiert werden. Der Sowjetprediger greift mit größter Schärfe die Amerikaner an und sagt, daß hier nur eins zu tun sei, die Verhängung des Boykotts über jede Geschäftsverbindung mit Amerika. Man wolle die Handelsvertretung Amtorg in Amerika stark verkleinern und überhaupt keine Industriebestellungen nach den Vereinigten Staaten mehr richten.

Von gut informierter amerikanischer Seite hören wir dazu, daß große amerikanische Industrievertretungen in Moskau ihre Büros aufgeben und die Angestellten entlassen, da von einem lohnenden Sowjetgeschäft und einer Geschäftsverbindung mit der Sowjetunion nicht mehr zu sprechen ist.

Mitteleuropäische Politik.

Darlegung des Ministers Benesch.

Prag, 20. Oktober. (Eigenbericht.)

Außenminister Dr. Benesch führte im auswärtigen Ausschuss u. a. an:

„Unsere wirtschaftliche und politische Lage ist nicht so schwierig, wie die anderer Staaten. Die Teilnahme der Sozialisten und der Deutschen an der Regierung hat zur Konsolidierung der Verhältnisse beigetragen. In der Zollunionsfrage wurde der tschechoslowakische Standpunkt respektiert. In allen mitteleuropäischen Angelegenheiten löst sich ohne Einvernehmen der drei interessierten Großmächte Deutschland, Frankreich und Italien, sowie ohne oder gegen die Tschechoslowakei nichts Positives tun. Die kleine Entente kann zur Grundlage einer guten Zusammenarbeit aller in Mitteleuropa werden. Sie ist besonders in der jetzigen Zeit der wirtschaftlichen Störungen bereit, mit allen Nachbarn zusammenzuarbeiten. Unsere Pflicht ist es, Ungarn in seinen heutigen Schwierigkeiten die Hand zur Mitarbeit zu reichen, und wir tun es gern. Die kleineren mitteleuropäischen Staaten müssen in dieser schweren Zeit Wege zur Zusammenarbeit und Annäherung suchen. Die Großmächte sollten dazu einträchtig beihilflich sein. Wir haben aus wirtschaftlichen Gründen ein Interesse daran, daß es sowohl Oesterreich als auch Ungarn gut geht. Unser Verhältnis zu Deutschland ist unverändert gut. Mit Sowjetrußland werden wir einen Handelsvertrag abschließen. Was die Abrüstungskonferenz anbelangt, so bin ich im ganzen Optimist, obwohl die Verhandlungen schwierig sein und vielleicht über das weitere Schicksal der Weltpolitik entscheiden werden. Es wäre wenigstens ein Teilerfolg gesichert, wenn die Vereinigten Staaten, England und Frankreich ein festes, gemeinsames wirtschafts- und finanzpolitisches Programm für die nächste Zeit schaffen würden.“

Der Tschechoslowakischen Republik geht es bei aller Arbeitslosigkeit und bei aller Niedrigkeit der Gehälter, Löhne und Unterstützungen wirklich ganz erheblich besser als seinen deutschen Nachbarstaaten im Norden und Süden. — Deshalb nämlich, weil das tschechische Volk von Grund auf demokratisch und größtenteils freigiebig und ganz unmonarchistisch und unmilitaristisch ist. So können dort Faschisten und Pogrombeher nichts werden, und höchstens in der deutschen Minderheit einigen Anhang gewinnen, der aber bedeutungslos bleibt. Die Sicherheit der demokratischen Entwicklung und das Fehlen der Mazedonisierung durch täglichen Bandenkrieg bewahren die Tschechoslowakei auch in der Wirtschaftskrise vor so schweren Erschütterungen des in- und ausländischen Vertrauens, wie sie Deutschland der Hakenkreuzschande, Deutschösterreich der Heimwehpeest verbanft!

Der Regierungspräsident von Teier, Saafen, ist als Reichskommissar für die Erwerbslosenbedingen in Aussicht genommen, der Abgeordnete Schlang-Schöningen als Reichskommissar für die Dithle. Auf die Zusammenlegung dieser beiden Kommissariate in einer Hand hat man verzichtet.

